

BUCHBESPRECHUNGEN

Foucault, Michel: *Geschichte der Gouvernementalität I – Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Vorlesung am Collège de France 1977–1978.

Ders.: *Geschichte der Gouvernementalität II – Die Geburt der Biopolitik* Vorlesung am Collège de France 1978–1979.
(Michael Ruoff).....350

Nida-Rümelin, Julian: *Über menschliche Freiheit*.
(Christian Schwaabe)351

Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 12, W-Z. Joachim Ritter † / Karlfried Gründer / Gottfried Gabriel(Hg.).
(Karl-Heinz Nusser).....353

Günther, Frieder: *Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949–1970*.
(Andreas Anter)354

Minkenberg, Michael / Willems, Ulrich (Hrsg.): *Politik und Religion (= PVS Sonderheft 33/2003)*.
(Thomas Goll)356

Vogel, Bernhard (Hrsg.): *Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage*.
(Thomas Goll)359

Wasser, Hartmut: *Die große Vision. Thomas Jefferson und der amerikanische Westen*.
(Gerd F. Hepp)360

Möller, Horst: *Aufklärung und Demokratie. Historische Studien zur politischen Vernunft*.
(Volker Kronenberg)362

Juchler, Ingo: *Demokratie und politische Urteilstkraft. Überlegungen zu einer normativen Politikdidaktik*.
(Gerhard Himmelmann)363

Hepp, Gerd F. / Weinacht, Paul Ludwig: *Wieviel Selbständigkeit brauchen Schulen. Schulpolitische Kontroversen und Entscheidungen in Hessen (1991–2000)*.
(Till Kinzel)365

Böhr, Christoph: *Gesellschaft neu denken. Einblick in Umbrüche*.
(Patrick Ernst Sensburg) 366

Arentz, Hermann-Josef: *Sozialstaat im Härtestest*.
(Arnd Küppers) 367

Stephan, Gerd-Rüdiger / Herbst, Andreas / Krauss, Christine / Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef (Hg.): *Die Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch* (Achim Beyer) 369

Stuhler, Ed: Margot Honecker. *Eine Biografie*
(Thomas Goll) 370

Dobrowolski, I.W. (Hg.): *Schwarzbuch GULag – Die sowjetischen Konzentrationslager*
(Werner Gumpel) 372

Solschenyzin, Alexander: *Zweihundert Jahre zusammen. Die russisch-jüdische Geschichte 1795–1916*. Ders.: *Zweihundert Jahre zusammen. Die Juden in der Sowjetunion*.
(Paul Hoser) 373

Herbst, Ludolf: *Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte*.
(Enrico Syring) 375

Raphael, Lutz: *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*
(Enrico Syring) 376

Michel FOUCAULT: *Geschichte der Gouvernementalität. Bd. I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977–1978. 600 S.; Bd. II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978–1979. 517 S.; Michel Sennelart (Hrsg.). Aus dem Französischen von Claudia Brede Konersmann u. Jürgen Schröder., Frankfurt/M. 2004, Suhrkamp Verlag., gebunden, 69,80 EUR.*

Die Vorlesungszyklen zur Politik, die unter dem Titel der Geschichte der Gouvernementalität erschienen sind, gehalten 1978 und 1979 am Collège de France, werfen mit dem Thema der Regierungskunst ein für Michel Foucault ungewohntes Thema auf, das jedoch im Gesamtwerk eine provokante Lücke schließt: Die Geschichte der Regierungskunst stellt die wichtige Verbindung zwischen Staat und Macht her.

Wer sich bisher mit dem Begriff der Gouvernementalität auseinandersetzen wollte, war bei deutschsprachigen Primärtexten auf die Vorlesung vom 1. Februar 1978 angewiesen, die unter dem Titel *Die Gouvernementalität* bereits im dritten Band der *Dits et Ecrits* erschienen war. Auf dieser Textgrundlage beispielsweise den wichtigen Begriff der Sicherheitsdispositive zu klären, war schlechthin unmöglich. Mit der vorliegenden Veröffentlichung der Vorlesungen lassen sich die einzelnen Konstruktionen und Denkschritte umstandslos nachvollziehen. Der geschichtliche Bogen der Regierungskunst ist dabei weit gespannt und reicht von den christlichen Äußerungen einer auf Subjektivierung setzenden Pastoralmacht bis zum Neoliberalismus des 20. Jahrhunderts. Die Gouvernementalität erweist sich – wenig überraschend für Foucault – als Machtform. Ihre Definition nennt folgende Bestandteile: Der primäre Gegenstand ist die Bevölkerung, die erste Wissensform zeigt sich in der politischen Ökonomie und das technische Instrument besteht in den Sicherheitsdispositiven. (Bd. I, S.162) In plakativer Form nennt Foucault diesen Machttyp auch Regierung, die eine ‚Kraftlinie‘ in der Entwicklung des Abendlandes darstellt. Die Geschichte der Gouvernementalität beschreibt vor allem im ersten Band, wie es zu dem Machttyp ‚Regierung‘ kommen konnte.

Der Gegenstand Bevölkerung gilt zumindest seit *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1* als vertrauter Begriff der Theorie und als Gegenstand der Bio-Macht. Mit der Regierungskunst erweitert sich die entsprechende Fragestellung in erheblichem Umfang. Die Bevölkerung rangiert nicht mehr ausschließlich unter dem Dispositiv der Sexualität, sondern sie tritt nun als große Zahl und verstärkt als Gegenstand der politischen Ökonomie in den Horizont der genealogischen Analyse. Sie bildet die Grundlage von bestimmten Ereignissen, die durchgängig aleatorische Elemente einschließen. Die Nahrungsmittelknappheit, die Verbreitung von Epidemien und die kriminellen Delikte setzen die Bevölkerung als statistische Menge voraus. Für die Sicherheitsdispositive sind also wahrscheinliche Ereignisse mit sozialen Folgekosten, die eine Aufwands- und Nutzenkalkulation unter utilitaristischen Prämissen nahe legen, maßgeblich. Machtanalytisch vollzieht Foucault hier den Übergang zwischen der Disziplinarmacht, die einen künstlichen Sollwert realisiert, und dem empirischen Normal des Sicherheitsdispositivs, das immer nur einem Durchschnitt entsprechen kann, denn die Phänomene treten erst im Zusammenhang mit der Masse der Bevölkerung auf, während sich die Disziplinarmacht mit einer vorgefassten Idealvorstellung auf die Abrichtung des einzelnen Körpers konzentrieren kann. Die Sicherheit korreliert daher mit einem Wahrscheinlichkeitsraum in dem sich das Optimum der Kosten als Mittelwert zwischen Aufwendungen für Gegenmaßnahmen und möglichen Schäden kalkulieren lässt. Die Regierungskunst hat mit dem Thema Sicherheit das Instrument der Statistik gegen soziale Risiken im Rahmen von Massenphänomenen integriert. Methodisch halten sich die Untersuchungen an die Vorgehensweise der Genealogie, womit der Prozess, der mit der Veränderung der Regierungskunst verbunden ist, deutlich zum Ausdruck kommt. Die Gouvernementalisierung ist ein Vorgang, bei dem die unterschiedlichsten Machtbeziehungen unter den ausdifferenzierten Randbedingungen der Bio-Politik auf den Staat bezogen werden, und dort in rationalisierter Form einer weiteren Institutionalisierung unterliegen.

Der Staat gewinnt damit nicht den Status eines Subjekts der Macht (Bd. II, S.115), sondern er fungiert lediglich als Bezugspunkt für die Machtbeziehungen und er nimmt dabei in der Geschichte jeweils optimierte Formen an, die sich beispielsweise als Aspekte der Staatsräson, als Polizeistaat, als Rechtsstaat und als Verwaltungsstaat analysieren lassen.

Wer in den Vorlesungen unter den erwähnten Umständen auf eine parallele Ausarbeitung der Bio-Politik hofft, muss mit einer herben Enttäuschung rechnen. Es geht lediglich um die Geburt der Bio-Politik, wie der Untertitel des zweiten Bandes unmissverständlich ausdrückt. Dahinter verbirgt sich die Geschichte der politischen Ökonomie, die in den Neoliberalismus des 20. Jahrhunderts einmündet.

Mit dem Liberalismus rücken die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die an den Beispielen der deutschen Nachkriegspolitik unter Ludwig Erhard bis zu Karl Schiller und der Chicagoer Schule erläutert werden, zu dem zentralen Thema der zweiten Vorlesung auf. Unter den Voraussetzungen der Genealogie stellt sich der Neoliberalismus weniger als Lösung, denn als Konsequenz einer historischen Situation heraus, die auf einem ganzen Geflecht von Bündnissen, Verbindungen und Stützpunkten beruht. Am Ende steht die brisante Frage, ob die Marktwirtschaft letztlich als Prinzip der Form des Staates dienen kann, zumal Foucault die damals noch diskutabel erscheinende Alternative ausdrücklich verworfen hat. Der Sozialismus verbleibt nach seiner Ansicht in direkter Abhängigkeit zu den bekannten Typen der Gouvernamentalität, da er keine eigenständige Regierungsrationalität entwickeln konnte (Bd. II, S.169).

Was vor einem Vierteljahrhundert in einem Hörsaal des Collège de France vorgetragen wurde, birgt mehr politikwissenschaftliche Aktualität, als sie die philosophische Moderation des Themas Liberalismus vermuten lässt. Foucault behandelt den Liberalismus nicht als Theorie oder Ideologie, sondern als Praxis mit Zielen, die einer Rationalisierung auf der Basis konsequenter Ökonomisierung gehorcht. Hierin könnte auch der originäre Beitrag der vorliegenden geschichtlichen Aufarbeitung der Gouvernamentalität

bestehen, denn da sich der Autor nach eigener Aussage wie ein Krebs durch die Geschichte bewegt, nämlich seitwärts (Bd. II, S.116), kommt er auf einem so ungewöhnlichem Weg in der Gegenwart an, dass ein neuer Blickwinkel entsteht, der nicht nur die immanente Entwicklung seines Werkes betrifft, sondern einen ernst zu nehmenden Beitrag zur politischen Theorie leistet. Die geschichtliche Analyse zeigt, wie sich der Liberalismus von einer Begrenzung der Regierungskunst zur adäquaten Form der Regierung im Schatten der Bio-Politik wandelt. Es mag am Entstehungscharakter der laufend entwickelten Vorlesungen liegen, dass über weite Strecken nur eine historische Skizze entsteht, die seitens der wissenschaftlichen Detailarbeit auf inhaltliche Korrekturen stoßen muss. In ihrer Wirkung bleibt die Herangehensweise allerdings nicht nur originell, sondern sie erweist sich sogar als höchst produktiv, womit die Devise der *Minima Moralia* erfüllt wäre, dass der Splitter im Auge das beste Vergrößerungsglas sein kann.

München

Michael Ruoff

Julian NIDA-RÜMELIN: *Über menschliche Freiheit*. Stuttgart: 2005. Reclams Universalbibliothek. 171 S., 5 EUR.

Die Frage nach der menschlichen Freiheit gehört zu den ältesten Fragen der Philosophie. Es hat auf diese Frage bis heute sehr unterschiedliche Antworten gegeben, und man mag es als einen »Skandal der Philosophie« betrachten, dass darüber bis heute keine Einigkeit besteht. Eine neue Herausforderung der Annahme menschlicher Freiheit ist seit einiger Zeit durch die Forschungen auf dem Gebiet der Neurowissenschaften erwachsen. Der Mensch als Teil der Natur und damit als Objekt ihrer Gesetzmäßigkeiten einerseits, und der Mensch als Urheber seiner eigenen Handlungen und damit als verantwortliches Subjekt andererseits – zwischen diesen Menschen-, ja Weltbildern kam es zuletzt zu teilweise heftigen Debatten, die weit in eine breitere Öffentlichkeit ausstrahlen. Dass moralisches Handeln dem Reich der Freiheit und nicht dem der Notwendig-

keit zugehöre, war schon für Kant Prämisse seiner um Autonomie bemühten Philosophie. Nida-Rümelin stellt sich in diese aufklärerische Tradition, wenn er mit Blick auf die neurowissenschaftliche Herausforderung der Behauptung entgegentritt, Willensfreiheit ließe sich neuerdings empirisch widerlegen.

Die fünf Essays des Buches beschäftigen sich, bei unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, mit den zentralen philosophischen Dimensionen der Freiheitsproblematik. Sie bilden ein gedankliches Ganzes, können aber gleichwohl jeder für sich gelesen werden. Im ersten und gleichsam programmatischen Essay erläutert Nida-Rümelin, »warum die Annahme menschlicher Freiheit begründet ist«. Er vertritt dabei die Position eines »theoretischen Humanismus«, der zweierlei umfasst: Zunächst wird Freiheit bestimmt »als die spezifische Fähigkeit des Menschen Gründe abzuwägen und dieser Abwägung entsprechend zu handeln«; diese Gründe aber, so die zweite Annahme, »lassen sich nicht naturalisieren, sie können mit den Mitteln der Naturwissenschaft grundsätzlich nicht erschöpfend erfasst werden«. Nida-Rümelin knüpft dabei an Strawson an, wenn er die in unsere Lebenswelt eingelassenen reaktiven Einstellungen und moralischen Empfindungen und ihre Prämisse menschlicher Freiheit und Verantwortung zur Grundlage seiner Argumentation macht. Diese moralischen Empfindungen sind derart tief in die Lebenswelt eingebettet und für unsere interpersonalen Beziehungen von so fundamentaler Bedeutung, dass sie und was aus ihnen moralisch folgt praktisch niemals zugunsten einer den Menschen vollständig objektivierenden Haltung aufgegeben werden könnten. Diese »transzendente« Argumentation, die sich ähnlich in Habermas' Universalpragmatik findet, vermag aufzuweisen, dass die Annahme von Verantwortlichkeit und Freiheit Grundvoraussetzung unserer lebensweltlichen Moralität ist: »Wir können uns selbst und Andere gar nicht anders ansehen denn als Wesen, die Handeln an Gründen ausrichten, die Gründe für ihre Handeln haben, die sie auf Nachfrage auch offenbaren können.« Eine vollständig naturalistische Beschreibung unseres Handelns ist mit dieser Moralität unverein-

bar. Dass unter anderem dies von manchen Naturwissenschaftlern nicht ausreichend reflektiert wird, muss als »Ausdruck einer unbedachten Attitüde« betrachtet werden.

Im zweiten Essay zeigt Nida-Rümelin, dass es einerseits in einer vollständig durch naturwissenschaftliche Gesetze determinierten Welt keine Entscheidungen gäbe, dass das Verhältnis von Freiheit und Kausalität andererseits aber so gedacht werden kann, »dass die Naturwissenschaft im rechten, das heißt bescheidenen Verständnis durch das Freiheitspostulat nicht herausgefordert ist«. Mit dieser im epistemologischen Sinne kompatibilistischen, im ontologischen Sinne aber non-kompatibilistischen Position bietet Nida-Rümelin eine durchaus überzeugende Lösung für den derzeitigen »Streit der Fakultäten«. Ganz auf der argumentativen Linie des ersten Essays beschreibt der dritte Beitrag des Buches das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung als das eines unauflöslichen Zusammenhanges. In den letzten beiden Essays schließlich setzt sich Nida-Rümelin mit dem Zusammenhang von Zufall und Verantwortung und abschließend mit dem Begriff der Menschenwürde auseinander. Auch hier wird noch einmal sehr gut deutlich, wie für Nida-Rümelin theoretischer und ethischer Humanismus zusammenhängen: Menschliche Freiheit als naturalistische Unterbestimmtheit von Gründen kann nicht getrennt werden von unserer Moralität.

Die Essays verstehen sich als Beitrag zur »Klärung dessen, was wir als das spezifisch Menschliche ansehen«; und sie verteidigen dabei »zentrale Elemente des *common sense* gegen verbreitete naturwissenschaftliche und philosophische Überspanntheiten« – in gelungener Weise, wie der Rezensent meint. *Über menschliche Freiheit* muss als einer der wichtigsten Beiträge zur gegenwärtigen Debatte über Willensfreiheit betrachtet werden. Zugleich knüpft Nida-Rümelin damit an seine bisherigen Beiträge zur praktischen Philosophie – insbesondere *Strukturelle Rationalität* (2001) und *Demokratie als Kooperation* (1999) – in einer Weise an, die die Einheit seines Denkens noch deutlicher werden lässt. Menschliche Freiheit, verstanden als »die spezifische Fähigkeit des Menschen Gründe abzuwägen und dieser Abwägung

entsprechend zu handeln«, ist Grundlage einer rationalen und damit dem Menschen adäquaten Lebensführung wie auch Voraussetzung jener Kooperationsbeziehungen unter vernünftigen Gesellschaftsmitgliedern, die bei Nida-Rümelin Demokratie ausmachen. Insofern ist hier auch eine Antwort auf das in der politischen Philosophie umstrittene Verhältnis von Fragen des »Guten« und des »Gerechten« angedeutet: und zwar insofern als das kohärentistische Konzept struktureller Rationalität auch die Wahl der eigenen Lebensform in das umfassende Konzept vernünftiger Freiheit einzuholen vermag. Bei Fragen des eigenen guten Lebens stößt die Rationalität vor allem insofern an ihre Grenzen, als es keine externen Kriterien für die richtige Wahl der Lebensform gibt. Rationalität heißt für Nida-Rümelin hier, die rechte Mitte zwischen dezisionistischen und rationalistischen Vereinseitigungen zu halten. Große existentielle Entscheidungen lassen sich zwar in geringerem Maße rationalisieren als kleine, und insofern kommt in solchen Fällen auch die Intuition zu ihrem Recht. Doch auch hier bleibt menschliche Freiheit eingebettet in lebensweltliche Bezüge und geleitet von der Erfahrung, dass die Orientierung an Gründen unseres Handelns sowohl für ein gelungenes eigenes Leben wie auch für ein faires Miteinander von konstitutiver Bedeutung ist. Das gilt, so darf man abschließend hinzufügen, auch für Naturwissenschaftler, denen man *Über menschliche Freiheit* daher im besonderen Maße zur Lektüre empfehlen möchte. Selbst der naturalistische Neurowissenschaftler folgt der geschilderten Auffassung von Freiheit tagtäglich – und widerlegt damit performativ seine »neurophysiologisch inspirierte Weltanschauung«. Eben dies könnte, so Nida-Rümelin im Nachwort, Anlass zur Hoffnung geben, dass die Phase bilder-stürmender Ideologisierung neurowissenschaftlicher Forschung bald auch wieder »abflauen« werde.

München

Christian Schwaabe

Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 12, W-Z. Hg. v. Joachim Ritter † / Karl-fried Gründer / Gottfried Gabriel. Basel

2005. Schwabe AG Verlag. 1555 Spalten, gebunden, 257,50 EUR.

Der letzte und d. h. der zwölfte Band des historischen Wörterbuchs der Philosophie schließt ein Unternehmen ab, das nach Bestehen von einigen Gefahren des Scheiterns nach vierzig Jahren schließlich doch ins Ziel gelangt. Es ist ein außergewöhnliches schwieriges Unternehmen, die geschichtlichen Veränderungen der philosophischen Begriffe so festzuhalten, ohne dass das dabei benutzte Sieb weder zu enge noch zu weite Maschen hat. Das Wörterbuch genügt hier den hohen Ansprüchen des Fachgelehrten, es schafft auf diese Weise qualifizierte Voraussetzungen für den wissenschaftlichen und politischen Diskurs.

Entsprechend den letzten Buchstaben des Alphabets werden ausgesprochen philosophische Stichworte und Begriffe wie: Wahrheit, Welt, Werden, Wesen, Wirklichkeit, Wille, Zeit u. a. entwickelt. Es finden sich aber auch Begriffe, die für den Politikwissenschaftler spezifisch interessant sind, wie: Werturteilsstreit, Westen/Okzident, Widerstandsrecht, Zivilcourage, Zivilgesellschaft und rationale Wahl. Und oft ist das Ergebnis von solchen Darstellungen ganz und gar nicht historisch, sondern höchst aktuell. So ist z.B. das, was Odo Marquard zum Verständnis von Zivilcourage herausarbeitet, herzerfrischend: Sie ist ein Desiderat im demokratischen Rechtsstaat, wobei es gar nicht immer um das Handeln der Repräsentanten des Staates gehen muss, sondern auch um manipulative Trends in der öffentlichen Meinung. Dieser »Mut zur Bürgerlichkeit« (Odo Marquard) steht zur Diskussion, wenn ein Herrscher zum Tyrannen wird und die Frage des Widerstandsrechts aktuell wird. Der Verfasser dieses Stichwortes arbeitet die wichtigsten historischen Stationen des Begriffes heraus, unterbelichtet bleiben dabei leider die Theorie von Thomas Hobbes und die Analysen des gewaltlosen Widerstandes bei Henry David Thoreau mit ihren Auswirkungen auf die nordamerikanische Bürgerrechtsgeschichte. Stichworte und Begriffe wie Weltfrieden, Weltoffenheit, Weltgeschichte (von Johannes Rohbeck), Weltgesellschaft, Weltfrieden, Weltreligion (von G. Lanzkowski), Weltrevolution (von

I. Fetscher), Xenologie/Wissenschaft vom Fremden (von B. Waldenfels) Rationalwahl u. a. geben dem Politikwissenschaftler kompetente Markierungspunkte jenseits von simpler »Rechts«- oder »Links«- Orientierung. Hier wird z. Teil von prominenten Verfassern nicht alles und jedes, was zum Thema gesagt wurde, aufgenommen, sondern die wichtigsten Prägungen und Änderungen des begrifflichen Konzeptes. Kleine Kostbarkeiten sind die Darstellungen der Stichwörter Zivilisation (von G. Bollenbeck) Zivilreligion (von H. Kleger), Zeit (Alter Orient, Altägypten von J. Assmann), Antike (von M. Theunissen und H. Westermann); zusätzlich zu den zur Geschichte der Zeitinterpretation gehörenden Artikeln gibt es Aspekte gesellschaftlich-kultureller Zeiterfahrung (von H. Lübke) und Zeit in der Literatur (von H. Weinrich), oder Zeit in den außereuropäischen Kulturen (von R. Elberfeld).

Mit dem Beispiel »Zeit«, wie auch mit anderen Begriffen wie z. B. »Wahrheit«, Wissen, Wissenschaft zeigt sich der enzyklopädische Charakter des Lexikons. Am Beispiel des Terminus »Wahrheit« lassen sich Vorteil und Nachteil begriffsgeschichtlicher und enzyklopädischer Vorgehensweise bestens illustrieren. Neben die philosophiegeschichtlichen Wahrheitsverständnisse werden »Wahrheit im Alten und Neuen Testament«, aber auch »Wahrheit (christlich-theologisch) « gruppiert. Daneben gibt es »Wahrheit im Verständnis der analytischen Philosophie« und »Wahrheit in der russischen Geistesgeschichte«.

Das historische Prinzip verhindert, dass sich irgendeine systematische Auffassung von Wahrheit, dabei andere verdrängend, zum Zentrum der Darstellung machen kann. Dies ist der große Vorteil der Konzeption des Historischen Wörterbuchs der Philosophie. Der enzyklopädischen Vollständigkeit ist jedoch nicht so leicht Genüge zu tun. Ähnlich interessant wie das Verständnis von »Wahrheit in der russischen Geistesgeschichte« dürfte dieses in der arabischen, indischen und chinesischen Kultur sein. Wie und wodurch sind hier Grenzen zu ziehen? Ähnliches ließe sich zum Thema Zeit in den außereuropäischen Kulturen sagen. Solche Fragen rütteln jedoch nichts an dem Befund,

dass dieser Band – ebenso wie die vorausgehenden Bände es bereits sind – eine unersetzliche Hilfe für Lehre und Forschung sein wird.

Augsburg

Karl-Heinz Nusser

Frieder GÜNTHER: Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949–1970. München 2004. Oldenbourg Verlag. 363 S., gebunden, 69,90 EUR.

In den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik standen sich in der Staatsrechtslehre zwei Schulen unversöhnlich gegenüber: die Schule Carl Schmitts und die Schule Rudolf Smends. Waren die beiden großen Staatsrechtler seit der spätweimarer Zeit ohnehin Antipoden, so setzten sich die Kontroversen unter den Schülern in der Bundesrepublik bruchlos fort. Die Schmitt-Schule, die vehement die Kategorie des Staates gegen Erosionen und Infragestellungen zu verteidigen suchte, setzte auf Dezision. Die Smend-Schule, die hingegen die Gesellschaft in den Vordergrund stellte, setzte auf Smends Konzept der Integration. In seiner reichhaltigen und spannend zu lesenden Studie betrachtet Frieder Günther die beiden Schulen als Denkkollektive, die an einem jeweils eigenen Denkstil ausgerichtet waren und sich in Form personeller Netzwerke zu behaupten suchten.

Dabei waren die Startbedingungen in der Nachkriegszeit denkbar ungleich: Während Schmitt aufgrund seines NS-Engagements die Lehrbefugnis verlor, in Plettenberg eine Existenz als Privatgelehrter fristete und seine Schüler um die Wiedererlangung ihrer Lehrerbefugnis und die Wiederaufnahme in die Staatsrechtslehrervereinigung kämpfen mussten, avancierte Smend zu einer geachteten und einflussreichen Autorität, einem Fixpunkt der Grundrechtsinterpretation und nicht zuletzt zum Hausgott des Bundesverfassungsgerichts. Von seinem Göttinger Seminar gingen maßgebliche Impulse aus; Schüler wie Horst Ehmke, Wilhelm Hennis, Konrad Hesse und Peter von Oertzen rückten auf wichtige Positionen in Politik, Staatsrechtslehre und Politikwissenschaft.

Frieder Günther demonstriert in seiner Studie, wo die Frontlinien zwischen den beiden Schulen verliefen. Ob in der staatsrechtlichen Diskussion oder in Berufungsfragen, ob in der privaten Korrespondenz oder auf den Staatsrechtslehrertagungen – überall traten die unversöhnlichen Gegensätze zwischen beiden Schulen hervor (S. 63ff.). Dies zeigte sich auch in der Haltung zum Grundgesetz. Nachdem viele Staatsrechtler der neuen Verfassung ohnehin zunächst eher skeptisch gegenübergestanden hatten, setzte ein Anpassungsprozeß ein, selbst bei Autoren, die in Weimar die Demokratie noch abgelehnt hatten und Protagonisten des NS-Systems gewesen waren. Die Motive der Anpassung liegen auf der Hand: man wollte sich Berufungschancen nicht verschmerzen. Ein Teil der Schmitt-Schüler indes, etwa Werner Weber, Hans Peter Ipsen und Ernst Forsthoff, polemisierte gegen den Anpassungszwang unter dem Grundgesetz; sie verstanden sich als »die aktiven Feinde des Grundgesetzes« (Ernst Forsthoff).

Erst nachdem die Verfassungsordnung der Bundesrepublik sich als unerwartet stabil erwies, wurden die polemischen Stimmen seltener. Man arrangierte sich mit der neuen Ordnung. Dies gilt vor allem für die zweite Generation der Schmitt-Schüler, wie Joseph H. Kaiser, Helmut Rumpf, Roman Schnur und Ernst-Wolfgang Böckenförde, die ohnehin keine geschlossene »Schule« bildeten, sondern eher Einzelgänger waren. Gleichwohl gab man sich Schützenhilfe bei Berufungsfragen und auf den Staatsrechtslehrertagungen, bemühte sich darum, ihrem Lehrer wieder Öffentlichkeit zu verschaffen, sei es in Form von Neuauflagen seiner Schriften oder mit der Gründung der Zeitschrift *Der Staat* (1962), die der Schmitt-Schule ein publizistisches Forum verschaffen sollte.

Anhand einer Fülle von Korrespondenzen zeigt der Verfasser die offenen und verdeckten Grabenkämpfe unter den Beteiligten. Die Schmitt-Schule erblickte in der Smend-Schule einen Lieblingsfeind, dem man alle möglichen Fehlentwicklungen der Staatsrechtslehre ankreidete und von dem man sich ausgegrenzt fühlte. Während man in der Öffentlichkeit darum bemüht war, die Form zu wahren, kann man dies von der

Korrespondenz nicht sagen. Sie ist gespickt mit verachtender Polemik. Für Roman Schnur etwa repräsentierte Konrad Hesse nur eine »Mischung aus Dummheit und Hochnäsigkeit« (Brief an Carl Schmitt, S. 133). Auch das persönliche Verhältnis zwischen Smend und Schmitt blieb bis in die sechziger Jahre gespannt, wie in der Korrespondenz deutlich wird: Schmitt hielt Smend für »intrigant« (S. 130). Wer sich Smend zu sehr näherte, wie etwa Ernst Rudolf Huber, wurde abgestraft.

So wie der »Rechtsstaat« nun zur »Konsensvokabel« in der Staatsrechtslehre avancierte, wurde der Antitotalitarismus zur Integrationsideologie der Bundesrepublik, die sich fest an die Seite des Westens stellte. Als einen Schlüssel zum Verständnis der Kontroversen sieht Frieder Günther die Frage der »Westernisierung«: Während die Schmitt-Schule einen traditionellen Staatsverständnis verpflichtet blieb und sich mit antiwestlichen Positionen profilierte, öffnete sich die Smend-Schule hingegen jener »Westernisierung«, die der Verfasser zugleich als einen Faktor ihres eminenten Erfolgs bewertet. Auch dass statt des Staates nunmehr die Verfassung in den Mittelpunkt von Smends Denken rückte, sieht er als einen Westernisierungsprozeß (S. 166ff.). Hier muss man dem Verfasser nicht unbedingt folgen. Dies gilt auch für einen weiteren Punkt: In seinem Buch fällt die strikte Zuordnung der Protagonisten zu ihrem jeweiligen akademischen Lehrer generell etwas zu schematisch aus. Wer übernimmt schon die Lehre des Lehrers Eins zu Eins? Schülerschaft entwickelt sich schließlich oft genug in Form der Abgrenzung, wie allein schon das Beispiel von Carl Schmitts Doktorand Otto Kirchheimer zeigt. Insgesamt aber, in ideengeschichtlicher wie auch in dogmatischer Hinsicht, zeichnet sich die Studie durch ein sicheres Urteil aus. So ist man gern bereit, über Kleinigkeiten hinwegzusehen: Beim Lüth-Urteil des Bundesverfassungsgerichts etwa ging es nicht um Erich Lüths Boykottaufruf gegen Veit Harlans NS-Propagandafilm *Jud Süß* (S. 171), sondern um dessen Film *Unsterbliche Geliebte*. Während die Schmitt-Schule gegenüber der neuen Ordnung reserviert blieb, war Smends Göttinger Seminar auf eine kon-

strukturelle Auseinandersetzung mit dem demokratischen Staat gerichtet. Man pflegte zudem einen engen Kontakt zur Politikwissenschaft und setzte sich für die Etablierung der Disziplin an den westdeutschen Universitäten ein; Smend bemühte sich um Otto Kirchheimers Rückkehr aus den USA. Einer der heute bedeutendsten Vertreter des Fachs, Wilhelm Hennis, ging aus dem Göttinger Seminar hervor. In Berufungsfragen stand man sich auch hier zur Seite; so war etwa Konrad Hesse maßgeblich daran beteiligt, Horst Ehmke in Freiburg eine Professur zu verschaffen, während Ehmke später wiederum die Berufung Hesses an das Bundesverfassungsgericht betrieb. Die Geschichte dieser Schule ist eine Erfolgsgeschichte. »Integration«, »Einheit« und »Wertordnung« wurden zu schlagkräftigen Begriffen, die im politischen Diskurs, in der staatsrechtlichen Terminologie und in der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts einen Niederschlag fanden. Demgegenüber geriet die ältere Generation der Schmitt-Schule in den sechziger Jahren immer mehr ins Abseits (S. 264ff.). Ihre Fragestellungen galten nicht mehr als zeitgemäß; man zog sich zurück. Allein die jüngere Generation erwies sich als ausreichend wandlungsfähig, um in der Wissenschaft weiterhin präsent zu sein. Der Staat indes blieb auch für sie weiterhin der Fixpunkt ihres Denkens.

Die Studie Frieder Günthers zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass sie immer wieder die engen Verknüpfungen zwischen politischen Positionen und persönlichen Beziehungen, Staatstheorie und Staatspraxis, juristischer Dogmatik und Verfassungsrechtsprechung aufzeigt. Die Geschichte der beiden Schulen in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik wird in diesem Buch ebenso anschaulich wie kenntnisreich entfaltet, gestützt auf umfangreiches Material aus Nachlässen und Archiven. So entsteht ein plastisches Bild der deutschen Staatsrechtslehre jener Zeit, das nicht zuletzt einen intimen Einblick hinter die Kulissen des Wissenschaftsbetriebs gibt.

Leipzig

Andreas Anter

Michael MINKENBERG / Ulrich WILLEMS (Hg.): *Politik und Religion*. Opladen 2003. Westdeutscher Verlag. PVS Sonderheft 33/2003. 616 Seiten, 48,- EUR.

Politik und Religion – das war lange Zeit ein eher wenig beachtetes Feld der Forschung – zumindest jenseits der Wahl-, Parteien- und Sozialstaatsforschung. Aber nicht erst seit dem 11. September 2001 kommt ihm erhöhte Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs wie auch der Wissenschaft zu. Man kann es an der Debatte um die Verfassungsgebung der EU genauso ablesen wie am Streit um den erst designierten, dann resignierten italienischen EU-Kommissar Buttiglione. »Der Kampf der Kulturen« (Huntington) scheint allgegenwärtig. »Die Rückkehr der Götter« (Graf) ist in vollem Gange. Aber waren sie angesichts der knapp zwei Dutzend religiösen Konflikte in der Welt (FAZ, 25.12.2004) jemals weg? Oder ist es nicht vielmehr so, dass die Politikwissenschaft lediglich aufgrund des Säkularisierungsparadigmas auf das Religiöse in der Politik immer schlechter eingestellt war?

Solche Fragen werden in dem anzuzeigenden PVS Sonderheft 33/2003 *Politik und Religion*, herausgegeben von Michael Minkenberg, Professor für Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), und Ulrich Willems, Politikwissenschaftler an der Universität Hamburg, gestellt. Der einleitende Basisbeitrag der Herausgeber gibt einen Überblick über die Tendenzen und Grundfragen der Forschung sowie ihre Desiderata. Dabei gerät insbesondere der sozialwissenschaftliche Konsens über die unvermeidliche Säkularisierung moderner Gesellschaften in den Blick und die Kritik. Drei Entwicklungen würden dabei gemeinhin angenommen: Die institutionelle und organisatorischen Trennung von Staat und (christlichen) Kirchen auf der einen Seite, dann die Erosion gelebter Religion und deren Sozialisationsmilieus auf der anderen Seite, drittens schließlich die Privatisierung der religiösen »Reste«. Schon der Augenschein zeigt jedoch, dass diese Annahmen viel zu pauschal sind. Weitere Schwerpunkte sind die Diskussion des Verhältnisses von Demokratie und Religion und die Erforschung der Zusammenhänge

von Globalisierungsprozessen und religiös-fundamentalistischen Bewegungen. Strukturgebend für den Band ist, dass die Annahme vom Niedergang der Religion ebenso problematisch ist wie eine Verengung des Fokus auf den religiösen Fundamentalismus. Hinsichtlich der demokratietheoretischen Diskussion stellen die Verfasser die These in Frage, dass Demokratie, Freiheit und Gleichheit der Bürger nur durch eine strikte Trennung von Politik und Religion sowie von Staat und Kirche möglich sei. Dadurch gewinnen sie den Anschluss an den Diskussionsstrang der Politikwissenschaft, der sich mit »Politischer Theologie«, »Politischen Religionen« und »Zivilreligion« auseinandersetzt. Umso bedauerlicher und eine empfindliche Schwäche ist daher, dass ausgerechnet die ideengeschichtliche Beschäftigung mit dem Thema, das Konzept der Politischen Religionen sowie die Diskussion um die Rolle der Zivilreligion ausgeschlossen wurden. Zwar stimmt, dass diese Aspekte in jüngster Zeit breiter untersucht worden sind, aber insbesondere das Konzept der Politischen Religionen hätte im Zeichen eines »Neuen Totalitarismus« (Tibi) religiöser Provenienz erhellend sein können. So wird man u. a. zu den Sammelbänden von Hans Maier greifen müssen, um diese Spur weiter zu verfolgen.

Was bleibt, füllt jedoch stolze 616 Buchseiten. Die Herausgeber haben dabei – zu Recht – nach eigenen Worten bewusst der Versuchung widerstanden, die aktuelle Diskussion z. B. um Religion und Gewalt, Islam und westliche Welt aufzugreifen. Dennoch bilden das Christentum und der Islam Schwerpunkte des religiösen Bezugs. Die Struktur des Bandes ist darüber hinaus um unterschiedliche theoretische, teildisziplinäre und methodische Zugänge, Schwachstellen der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschung sowie aktuelle Diskussionen angelegt. Das Auswahlkriterium ist die Zuspitzung der politikwissenschaftlichen Themenfelder auf – so die Herausgeber – lange vernachlässigte Bereiche und Fragestellungen, in denen religionspolitische Gegenstände besonders sichtbar werden: u. a. Demokratietheorie, Geschlechterverhältnis und normative Unterscheidung von öffentlich und privat; darüber hinaus Fragen staatli-

cher Regulierung von Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die Rolle religiöser oder religiös inspirierter/orientierter Akteure wie Parteien, Bewegungen und die Kirchen selbst. Aus der Fülle der Beiträge von etablierten Wissenschaftlern und ambitioniertem Nachwuchs aus dem In- und Ausland verdienen einige besondere Aufmerksamkeit, andere kommen zu nicht sonderlich überraschenden Ergebnissen. Die Anordnung erfolgt in sieben Blöcken.

Im Theorieteil wird insbesondere der Beitrag religiöser Wertefundierung zur Stabilität der Demokratie diskutiert. Dabei postuliert Michael Haus (Darmstadt), dass eine rein innenweltliche kulturelle Stabilisierung der Demokratie mit der Gefahr demokratischer Qualitätsverluste behaftet bleibe und dass Demokratietheorien umso dringlicher die Frage nach der Religion stellten, je normativer sie seien. Damit korrespondiert Ulrich Willems (Hamburg) kritische Auseinandersetzung mit dem liberalen Prinzip einer strikten Trennung von Politik und Religion. Schwächer ist der Beitrag von Katharina Liebsch (Weingarten) zu Religion und Geschlechterverhältnis, der nach großem terminologischem Aufwand u. a. die Allweltserkenntnis gebiert, dass Religion schon immer und immer noch Verwendung zur Affirmation und Legitimation politischer Ordnungen fand und findet.

Der empirisch fundierte zweite Teil behandelt Muster institutioneller Regulierung von Religion. Michael Minkenberg (Frankfurt/Oder) untersucht das Staat-Kirche-Verhältnis in westlichen Demokratien und kommt zu dem Ergebnis, dass dessen Variationen mit Variationen in anderen kulturellen und politischen Faktoren wie Konfessionsmustern, einzelnen Regimestrukturen und ausgewählten Politikfeldern korrespondieren. Gerhard Robbers (Trier) weitet die Untersuchung auf die EU aus und sieht eine Konvergenz der Religionsrechte in den Mitgliedstaaten hin zu umfassender Religionsfreiheit und wohlwollender Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Die Stellung des Islam in Deutschland und in den USA wird von Claus Leggewie (Gießen) in den Blick genommen, während Riva Kastoryano (Paris) Frankreich und Deutschland zum selben Thema vergleicht.

Dabei betrachtet jener die Lage des »europäischen Islam« als prekär, während dieser im Islam eine transnationale politische Kraft im Entstehen sieht. Staat und Islam im Mittleren Osten werden von Dietrich Jung (Kopenhagen) untersucht. Nach ihm ist die Behauptung einer inhärenten Einheit von Religion und Politik im Islam falsch.

Im dritten Teil wendet sich der Blick religiösen Akteuren zu. So fragt David Hanley (Cardiff) nach der Zukunft der europäischen Christdemokratie, die in der Gefahr stehe, bei gelingender nationaler Wählerrekutierung die Identität der Bewegung selbst aufs Spiel zu setzen. Manfred Brocker (Köln) betrachtet die »Christliche Rechte« in den USA und gibt angesichts der im öffentlichen Diskurs verbreiteten Angst vor einer Resakralisierung der US-Politik Entwarnung. Gerade die gelingende Integration in die Politik Sorge für eine Dämpfung der Radikalität. Carolyn Warner (Arizona) wiederum untersucht die katholische Kirche als politischen Akteur in Italien, Frankreich und Deutschland.

Im vierten Teil stehen politisch-religiöse Konfliktkonstellationen im Zentrum der Betrachtung. Dabei verglichen Loeke Halman (Tilburg) und Thorleif Pettersson (Uppsala) Religion und Politik in der zeitgenössischen Gesellschaft auf der Basis einer komparativen Analyse von EVS/WVS-Umfragedaten aus 38 Ländern. Die Ergebnisse sind nicht überraschend, können aber theoretische Annahmen, wie z. B., dass sich Pluralismus in religiösen und politischen Systemen günstig auf die Akzeptanz einer engeren Beziehung zwischen Religion und Politik auswirkt, bestätigen. Willfried Spohn (Frankfurt/Oder) vergleicht Nationalismus und Religion in West- und Osteuropa und erläutert insgesamt acht Grundkonstellationen von Religion und nationaler Identitätsbildung an jeweils einem typischen Fall. Dass dabei die Türkei trotz gewichtiger Einwände zu einem europäischen Fallbeispiel gemacht wird, ist jedoch problematisch und dem Zwang zum System geschuldet. Julia Eckert (Halle) fragt nach der Rolle von Religion im Hindu-Nationalismus und sieht deren Funktion darin, die Einheit der »Hindus« mit Hilfe der Konstruktion des Anderen, der Muslime, herzustellen. Damit

ist der Konflikt ein Instrument und seine religiöse Aufladung das Mittel, ihn auf Dauer zu stellen.

Die Beiträge des fünften Teils von Sigrid Leitner (Göttingen) zur Rolle der Kirchen bei der Entstehung der Sozialversicherungen in Kontinentaleuropa, von Thomas Bahle (Mannheim) zu Staat, Kirche und Familienpolitik in westeuropäischen Ländern im historisch-soziologischen Vergleich und von Herbert Gottweis (Wien) und Barbara Prainsack (Wien) zu Religion, Bio-Medizin und Politik zeigen historische und gegenwärtige religiös fundierte Einflussnahme auf unterschiedliche Politikfelder. Sie legen den Schwerpunkt auf christliche Kirchen und die westliche Welt.

Der Blick weitet sich im sechsten Teil, in dem es um die Rolle der Religion in gesellschaftlichen und politischen Transformationen geht. Detlef Pollack (Frankfurt/Oder) beschreibt das Verhältnis von Religion und Politik in den postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas und seine Auswirkungen auf die Vitalität des religiösen Feldes. Das Ergebnis überrascht nicht: Religiöse Gemeinschaften müssen umso stärkere Legitimationsverluste hinnehmen, je staatsnäher sie sind. Mathias Hildebrandt (Erlangen-Nürnberg) analysiert Politik und Religion in den konfuzianisch geprägten Staaten Ostasiens und zeigt, dass – wie nicht anders zu erwarten – die verschiedenen religiösen Traditionen in unterschiedlichem Ausmaß zur ökonomischen Modernisierung und politischen Demokratisierung der analysierten Länder beitragen. Anthony Gill (Seattle) untersucht die religiöse Dynamik und Demokratie in Lateinamerika. Die dramatische Zunahme des religiösen Pluralismus und des Wettbewerbs zwischen katholischer Kirche und evangelikalen Protestanten habe die katholische Kirche angetrieben, sich stärker auf die Seite der Armen und gegen Militärdiktaturen zu stellen. Darüber hinaus seien durch diesen Wettbewerb die Zivilgesellschaft gestärkt und die Konsolidierung der demokratischen Regime gefördert worden. Jeff Haynes (London) schließlich wendet den Blick auf die Rolle der Religion im Prozess des demokratischen Übergangs in Afrika, wobei er Netzwerke in den Leitungsebenen von Kirchen und Staaten und die politische

Qualität volksreligiöser Bewegungen zu ermitteln versucht. Gerade hier werden große Forschungsdefizite deutlich.

Der abschließende siebente Teil betrachtet Religion als Faktor der globalen Politik. Otto Kallscheuer (Sassari) untersucht die Politik des Vatikans und sieht im Pontifikat Johannes Pauls II. eine Art offensiver religiöser Entspannungspolitik als Gegenpol zum Kampf der Kulturen. Anschließend thematisiert Werner Schiffauer (Frankfurt/Oder) die Bedeutung der Medienrevolution für die Zirkulation von Ideen im gegenwärtigen Weltislam. Seine Aussagen zum Aufkommen und zur Gestalt von Modeströmungen schließen den Islam an weltweite Trends an. Aber seine Interpretation, dass die Attentäter des 11. September 2001 deshalb gehandelt hätten, weil sie im innerislamischen Diskurs in die Defensive geraten seien, vermag nicht voll zu überzeugen. Harald Müller (Frankfurt/Main) wendet sich gegen das einfache, polarisierte Modell Huntingtons vom Kampf der Kulturen. Dieser unterschätze Gegendynamik und Wandelbarkeit von »Kultur« sowie die transkulturelle Koalitionsbildung. Dagegen sieht Roland Robertsons (Aberdeen) im globalen Kontext der Gegenwart Huntington bestätigt, da eine Politisierung der Religion einerseits, eine Sakralisierung der Politik andererseits stattfindet. Beides sei nicht ermutigend, weil Konflikte über ideelle Interessen zumeist wesentlich heftiger geführt würden als solche über bloß materielle. Die Welt brauche daher so etwas wie eine globale Zivilreligion. Der Band greift wesentliche Aspekte des Verhältnisses von Politik und Religion zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf. Trotz seines beträchtlichen Umfangs blendet er jedoch wichtige Elemente des aktuellen Wissenschaftsdiskurses, darunter insbesondere ideengeschichtliche Aspekte, aus. Seine Beiträge sind jedoch informativ und können Impulse für die weitere Forschung geben. Kurzzusammenfassungen in deutscher und englischer Sprache ermöglichen eine schnelle Orientierung. Erinnert sei aber angesichts des fehlenden Registers an den Vorschlag von Lord John Campbell, einen Autor, der ein Buch ohne Index publiziere, mit Strafe zu belegen.

Würzburg

Thomas Goll

Bernhard VOGEL (Hg.): *Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2003. Herder Verlag. 416 S., kartoniert, 16,00 EUR.*

Im Dezember 2002 führte das Institut für Markt- und Politikforschung dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eine repräsentative Telefonumfrage unter 2000 Bundesbürgern über 16 Jahren durch – je 1000 aus den alten und neuen Ländern. Das Ziel der Umfrage war, den Zusammenhang von Religion und Politik in zentralen Aspekten zu untersuchen. Dabei ging es um Glaube und Religiosität sowie Bevölkerung und Kirchen einerseits, andererseits um Politik und Religion. Gefragt wurde unter anderem nach der Akzeptanz christlicher Werte für die Politik, insbesondere hinsichtlich der Einschätzung der »C-Parteien«. Die Ergebnisse liegen nun in Buchform im Herder-Verlag vor.

Bernhard Vogel, der als Herausgeber verantwortlich zeichnet, skizziert im Vorwort die Schwerpunkte der Untersuchung: Einerseits sei es für die Kirchen von Interesse ihr Territorium zu vermessen, andererseits sieht sich die Politik vor das Böckenförde-Theorem gestellt, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne. Daher müsse trotz der formalen Trennung von Kirche und Staat, die niemand beseitigen wolle, davon ausgegangen werden, dass es sinnvoll sei, beide Sphären im Sinne von gegenseitiger Unterstützung und Förderung aufeinander zu beziehen: »Der weltanschaulich neutrale Staat ist auf den Beitrag der Religionsgemeinschaften, insbesondere der Kirchen angewiesen, weil er von Werten lebt, die u. a. von den Kirchen tradiert, gepflegt und neu formuliert werden.« Kurz gesagt: Glaube und Kirche seien wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Daher müsse die Politik in einem wohl verstandenen eigenen Interesse Religion zum Thema machen, weil damit auch die eigenen Grundlagen und Zukunftsaspekte in den Blick kämen. Dies gelte umso mehr für Parteien, die ein »C« im Namen führen.

Die Themen der abgedruckten Beiträge ranken sich daher um Wertewandel und Säkula-

risierung und deren Bedeutung für die Kirchen und die CDU. In ihrem Gehalt und ihrem Duktus unterscheiden sie sich stark: Hans Langendörfer SJ, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, legt den Schwerpunkt auf die Kirchen und befasst sich unter der Überschrift »Politik ist nicht alles« mit deren Präsenz in der Politik. Er fordert hier weniger Verzettlung und mehr Realismus. Kirchen sind nach seiner Vorstellung sowohl Teil als auch Gegenüber der Zivilgesellschaft. Eine grundlegende und überzeugende Interpretation Deutschlands als »gespaltenes Missionsland« bietet Manfred Spieker, Professor für christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück. Nicht das Bekenntnis zum »C« oder zum Menschenbild des Grundgesetzes reiche aus, die christliche Imprägnierung der Gesellschaft zu erhalten, es bedürfe vielmehr einer »Neuevangelisierung«. Johannes Christian Koecke, Referent der KAS, spricht von einer »halbierten Glaubensgesellschaft«. Wie schon Spieker vor ihm weiß er um die Grenzen der Umfrage insbesondere hinsichtlich der Zukunftsprognose.

Schwerpunktmäßig mit der Politik befassten sich andere Beiträge. Christoph Böhr, Vorsitzender der Wertekommission der CDU, plädiert für das Bekenntnis zu christlichen Werten in der Politik. Die Umfrage hätte es dazu nicht gebraucht. Wesentlich stärker bezieht sich der Beitrag des Bundestagsabgeordneten Hermann Kues zu Werten in der Politik auf die Umfrage. Allerdings ist er nicht von Spekulationen frei. So wird etwa die Frage der Kirchensteuererhebung in Zusammenhang mit der Kritik an der Institution Kirche gebracht, ohne dass es dafür Belege gäbe. Stephan Eisel, Abteilungsleiter der KAS, fordert auf der Grundlage der Untersuchung Mut zum Profil als Voraussetzung des Erfolges. Das »C« der Union sei ein Alleinstellungsmerkmal, das sie noch nicht genug nutze, um die Wertedebatte mitzugestalten.

Etwas aus dem Rahmen fällt der nüchterne und informative Beitrag von Emine Demirbüken, Ausländerbeauftragte in Berlin-Schöneberg, die über den Islam in Deutschland schreibt. Deutlich werden Strukturen und Defizite benannt und jegliche Panikmache nach dem 11. September 2001 wohlten vermieden.

Die Umfrage bildet den zweiten Hauptteil des Bandes. Ihre wichtigsten Ergebnisse liegen in tabellarischer Form auf über 200 Seiten vor, so dass der Leser selbst überprüfen kann, wie sie zustande gekommen sind. So sind etwa die Antworten zu Fragen nach Ausländern als Nachbarn von politischer Korrektheit gekennzeichnet. Darauf aber werden dem Leser keine Hinweise gegeben. Der Band ist für all diejenigen interessant, die sich mit dem Verhältnis von Religion und Politik befassen und an relativ aktuellen Umfragewerten zu diesem Thema interessiert sind. Dabei sind aber nur einige der Beiträge wissenschaftlich fundiert, andere eher parteipolitisch inspiriert. Die Umfrage selbst bietet im Großen und Ganzen das bekannte Bild einer Differenzierung von West- und Ostdeutschland sowie von Katholiken und Protestanten. Einige Details jedoch überraschen auf den ersten Blick, so etwa, dass sogar die Anhänger der PDS und auch Muslime es mit großer Mehrheit richtig finden, dass sich der Papst in gesellschaftlichen Fragen in der ganzen Welt häufig zu Wort meldet.

Würzburg

Thomas Goll

Hartmut WASSER: *Die große Vision. Thomas Jefferson und der amerikanische Westen. Wiesbaden 2004. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 260 S., brosch., 24,90 EUR.*

Das von dem Politikwissenschaftler und Amerika-Experten Hartmut Wasser vorgelegte Buch handelt von einem der kühnsten Menschheitsabenteuer der Neuzeit, der historisch folgenreichen Entdeckung und Erkundung des amerikanischen Westens. Auftraggeber und spiritus rector des Unternehmens war Thomas Jefferson, der dritte Präsident der USA. Die Rede ist von der zweieinhalb Jahre dauernden und sich über zwölftausend Kilometer erstreckenden Expedition des »Corps of Discovery« in den Westen des nordamerikanischen Kontinents, die geleitet von den beiden Captains, Meriwether Lewis und William Clark, im Mai 1804 in St. Louis am Mississippi begann, um dort im September 1806 erstaunlich glücklich wieder zu enden. Heute nach 200 Jahren

wird dieses Jahrhundertereignis, ohne das die Geschichte der USA einen anderen Verlauf genommen hätte, in aufwendigen Festivitäten in ganz Amerika gefeiert. Das Pionierprojekt, mit dem Jefferson seinen Traum von der »West«-Vision verwirklichte, hat den historischen Fortgang der noch jungen amerikanischen Republik nachhaltig geprägt. Sie steht am Anfang jenes enormen territorialen Expansionsschubes, der im 19. Jahrhundert die politische Landkarte auf dem nordamerikanischen Kontinent radikal veränderte. Es versteht sich von selbst, dass der Westen und seine raumpolitische Erschließung im historisch-kollektiven Gedächtnis der Nation heute einen zentralen Platz einnehmen. Die Westexpansion ist unverzichtbarer Bestandteil des kulturell-zivilisatorischen Selbstverständnisses, steht sie doch für den bis heute ungebrochenen amerikanischen »Exzeptionalismus«, den Glauben an den Ausnahmecharakter der amerikanischen Nation, deren Auserwähltheit in dem Sinne, »dass Geschichte, Gott oder Schicksal die Amerikaner dazu bestimmt hätten, die allgemeine Zukunftsentwicklung der Menschheit zu einer besseren, vernunftgemäßen Ordnung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse einzuleiten und zu befördern« (S. 244). Ziel der Expedition, die ein Jahr nach dem Kauf des riesigen »Louisiana« – Territoriums startete, das die USA von Napoleon käuflich erworben hatte, war die Erforschung nicht nur von »Louisiana«, also des Gebiets zwischen dem Mississippi und den Rocky Mountains, sondern auch der weiter jenseits der kontinentalen Wasserscheide liegenden Regionen bis zum Pazifik. Es handelte sich um unermesslich weite Räume, um Gebiete, die nur von Indianervölkern besiedelt und bislang von Weißen weitgehend unerforscht geblieben waren. Jefferson, der schon zuvor alle verfügbaren Kenntnisse über diese Regionen in sich aufgesogen hatte, erklärte schon früh die Ausdehnung der USA nach Westen bis hin zum Pazifik zu seinem zentralen politischen Credo. Mit Beginn seiner Präsidentschaft im Jahre 1801 konnte er seine Vorstellungen vom Westen als der künftigen Schicksalsregion der amerikanischen Republik nun machtvoll ins Werk setzen.

In seiner »West«-Vision vereinten sich ganz unterschiedliche Motive. Zunächst ging es um machtpolitische und wirtschaftliche Überlegungen. Die junge und aufstrebende Republik sah sich von den drei europäischen Großmächten Frankreich, Großbritannien und Spanien, die allesamt territoriale Machtambitionen in der »Neuen Welt« verfolgen, existenziell bedroht. Würde es einer oder mehreren dieser aggressiven Mächte gelingen, etwa die Kontrolle über den Mississippi als wichtigste Verkehrs- oder Handelsader der amerikanischen Siedler im Westen zu erringen, konnte dies lebenswichtige amerikanische Wirtschaftsinteressen bedrohen, obendrein aber auch separatistische Neigungen in den jungen westlichen Mitgliedsstaaten befördern. Um der strangulierenden Einkreisung zu entinnen, musste Amerika raumpolitisch Flagge zeigen, die Westexpansion lag in der Logik politischer Überlebenssicherung. Von dieser wiederum waren ökonomische Interessen nicht zu trennen. In dem bislang unzugänglichen Westen vermutete man brachliegende Paradiese für Farmer und Pflanze, fruchtbare Ländereien für die landwirtschaftliche Nutzung, man träumte vom einträglichen Pelzhandel, von lukrativen Handelsniederlassungen, vom florierenden Warenaustausch mit Asien. Und man imaginierte transkontinentale Schifffahrtswege, die über noch zu erschließende Flusssysteme die Wasserpassage von Ozean zu Ozean gewährleisten könnten. Die Westexpansion schien, wirtschaftlich gesehen, geradezu unermessliche Reichtümer zu verheißen.

Daneben bestimmten wissenschaftliche Motive das Bild, das Jefferson sich vom Westen machte. Der universal gebildete Kosmopolit und engagierte Förderer aufklärerischer Wissenschaften verfolgte mit der Expedition auch das Ziel einer allgemeinen Erweiterung menschlichen Wissens (S. 115 ff). Seine Instruktionen für die Expeditionsleitung spiegelten dies in geradezu enzyklopädischer Breite wider. Die ethnologische Erforschung der Indianer stand ebenso auf dem Programm wie Erkundungen über die Geographie, die Botanik, die Fauna, die Meteorologie und die Geologie der geheimnisvollen Regionen. Vor allem bestimmten aber auch kräftige ideologische Antriebe das Projekt,

insbesondere die im klassisch -aufgeklärten Republikanismus wurzelnde Idee eines »Empire of Liberty«, die geradezu vormodern, sich mit der Vision eines agrarisch ausgerichteten Gemeinwesens verband. Der Verfasser der Unabhängigkeitserklärung war der Überzeugung, wirtschaftlich selbständige und eigenständige Farmer und Landbesitzer würden am ehesten jene republikanischen Bürgertugenden hervorbringen, die zum Gedeihen eines selbst regierten und freiheitlichen Gemeinwesens erforderlich seien. Mit der Landnahme im Westen hoffte er »einen ganzen Kontinent zu einem Gemeinwesen formen zu können, das sich in all seinen Teilen zu identischen, nämlich republikanischen Grundüberzeugungen und Werten bekennen würde« (S. 114).

Konkreten Handlungsbedarf zur Umsetzung der »West«-Vision erzeugte der 1803 zustande gekommene »Louisiana Purchase«, durch den die noch junge Republik über Nacht ihr Staatsgebiet verdoppelte. Wasser schildert die vielschichtige Genese der nun folgenden Expedition ebenso wie deren spannenden Verlauf. Das an Dramatik, Höhepunkten und Abgründen reiche Unternehmen wird eindrücklich dem Leser vor Augen geführt. Der Autor bilanziert Erfolge und Misserfolge des Unternehmens, wobei er mit systematischer Akribie nicht nur das gesamte historisch-politische und geistig-kulturelle Umfeld, in die das Unternehmen eingebettet war, analysiert, sondern auch die komplexen Folgewirkungen, die bleibenden Spuren, die die Westorientierung im gesellschaftlichen und politischen Fühlen und Denken der Amerikaner bis heute hinterlassen hat. Der Leser wird so nicht nur Zeuge eines faszinierenden Abenteuers, er gewinnt auch umfassende Einblicke in die Persönlichkeit Thomas Jeffersons, der von Tocqueville später als der »größte Apostel der Demokratie« gepriesen wurde. Nicht ohne Bewunderung zeichnet Wasser das Portrait eines Menschen und Politikers von geradezu universal anmutender Genialität, indem er etwa Jeffersons politische Führungskraft, seine Bedeutung als »visionärer Kosmopolit« (S. 223) eindrucksvoll ins Licht rückt. Einfühlsam und sprachlich subtil schildert er die aufgeklärte Weitsicht und Bildung des »Weisen« von

Monticello, der nach seinem Rückzug aus der Politik auf seinem kunstvollen Herrnsitz in Virginia, aus seiner »Farmerexistenz« heraus, unentwegt über Gott und die Welt philosophiert und zahlreichen Zeitgenossen mit seinem häufig erteilten Rat zur Seite steht. Aber er vergisst auch nicht die kritische Erörterung der dunklen Seiten der »American Sphinx«, vor allem, wo er seine ambivalente Indianerpolitik, die auf die kompromisslose Alternative »Assimilation oder Vertreibung« hinauslief, thematisiert (Kapitel XV). Jefferson hat »mit seiner Vision vom Westen der amerikanischen Nation auch ein zwiespältiges Erbe« hinterlassen (S. 246). Deutlich wurde dies, als in den in den 1840er Jahren die Vorherrschaft der USA auf dem nordamerikanischen Kontinent durch einen Expansionsschub zur unanfechtbaren Gewissheit wurde, die Ausdehnung des »Empire of Liberty« aber an das Institut der Sklaverei gekoppelt blieb. Jeffersons aufgeklärte Vision vom »Exzeptionalismus« mutierte in der Dynamik der Ereignisse nun zum Mythos des »Manifest Destiny«, wonach kraft göttlichen Willens den USA die Eroberung und Zivilisierung des gesamten Kontinents zugewiesen sei. Imperialer Machtanspruch und liberal-emanzipatorischer Fortschritt drifteten auseinander, das Menetekel des Bürgerkrieges, der die Nation an den Rand der Auflösung trieb, warf seine dunklen Schatten voraus.

Hartmut Wasser hat mit seinem Buch, das sich sprachlich und wissenschaftlich auf hohem Niveau bewegt, eine vorzügliche und zudem ausgesprochen leserfreundliche Studie vorgelegt. Eine breite Leserschaft ist ihr sowohl in politikwissenschaftlichen Fachkreisen wie auch im Rahmen der politischen Bildung uneingeschränkt zu wünschen.

Freiburg im Breisgau

Gerd F. Hepp

Horst MÖLLER: *Aufklärung und Demokratie. Historische Studien zur politischen Vernunft* (Hg. v. Andreas Wirsching). München 2003. Oldenbourg Verlag. 408 S., Buch leihen, 69,80 EUR.

In Zeiten, da die These von einem verhängnisvollen deutschen »Sonderweg« vom 19.

ins 20. Jahrhundert nach wie vor wissenschaftlich-medialer Aufmerksamkeit gewiss sein kann, da Aufklärung und Revolution vielfach noch immer normativ identifiziert werden, ist der Bedarf an »Historischen Studien zur politischen Vernunft« im Namen von »Aufklärung und Demokratie« groß.

Gut also, dass der Augsburger Historiker Andreas Wirsching aus Anlass des 60. Geburtstags seines akademischen Lehrers Horst Möller eine Auswahl von 20 thematisch entsprechenden Aufsätzen aus der Feder Möllers herausgegeben hat. Denn Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der dortigen Ludwig-Maximilians-Universität und ehemaliger Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, vermag es wie kaum ein zweiter Gelehrter seiner Zunft, die historischen Dimensionen jenes kommunikativen Systems von »Vernunft und Kritik« – wie eines der Standardwerke Möllers zur deutschen Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert lautet – differenziert und eindrucksvoll zu vermitteln. Widmen sich die ersten sechs Beiträge des Bandes eben diesem thematischen Schwerpunkt anhand einer Auseinandersetzung mit Friedrich Nicolai, Lorenz von Stein oder Georg Friedrich Wilhelm Hegel, so fokussieren die folgenden Aufsätze die historischen Voraussetzungen, Hindernisse, Chancen und Erfolge, welche die Deutschen auf ihrem wechselvollen Weg zur Demokratie im 20. Jahrhundert begleiteten. Horst Möller war und ist vor allem Wissenschaftler für die Demokratie. Ihrem Ethos gilt, in historischer Dimension ebenso wie in gegenwartsbezogener Perspektive, sein wissenschaftliches Engagement. Studien zu »Friedrich Ebert, die Sozialdemokraten und der nationale Konsens«, zu Ernst Heilmann, Gottfried Reinhold Treviranus oder zu jenen wissenschaftlichen Remigranten, die nach dem Ende der NS-Diktatur nach Deutschland zurückkehrten, stellen dies im vorliegenden Band ebenso unter Beweis wie sein Plädoyer gegen eine Aufnahme von Plebisziten in das Grundgesetz der heutigen Bundesrepublik. Gerade die Weimarer Erfahrungen zeigten, so der Tenor einer Analyse des »Parlamentarismus in der deutschen

Verfassungsgeschichte«, dass plebiszitarische Elemente allzu leicht eine schädliche Tendenz zur Irrationalität freisetzen und politisch keinerlei Nutzen zeitigten.

Eben weil es Möller mit seiner Selbstverpflichtung auf das Ethos der Demokratie ernst nimmt und er sich infolge seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit den Ambivalenzen der historischen Grundbegriffe von »Aufklärung«, »Vernunft« und »Kritik« gegen jede Gefahr der spekulativen Abstraktion, des ethischen Rigorismus, aber auch gegen jedwede ideologischen Versuchungen zu immunisieren verstand, ohne dabei seinen grundsätzlichen historischen Optimismus zu verlieren, scheut Möller es bisweilen nicht, »eher minoritäre Positionen«, wie es der Herausgeber sehr zurückhaltend formuliert, in der eigenen Zunft wie der Öffentlichkeit zu beziehen. Möllers Eintreten für Ernst Nolte legt hiervon Zeugnis ab. Dabei geht es dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte keinesfalls um eine plumpe Apologie des heftig gescholtenen Ideologehistorikers Nolte und dessen Plädoyer für eine »historisch-genetische« Modifizierung der etablierten Totalitarismustheorie entlang seines Paradigmas eines »Europäischen Bürgerkriegs 1917-1945«, wie manch einer von Möllers Kollegen argwöhnt. Vielmehr insistiert Möller seit Jahren auf einer angemessenen – eben *vernünftigen* und *kritischen*, damit der historischen Aufklärung verpflichteten – Auseinandersetzung mit Nolte. Dass und wie überzeugend dies möglich ist, veranschaulicht Möller in einem abwägenden Beitrag über »Ernst Nolte und das ›Liberale System‹«, der völlig zu Recht in einen der »Aufklärung und Demokratie« gewidmeten Sammelband aufgenommen worden ist.

Bonn

Volker Kronenberg

Ingo JUCHLER: *Demokratie und politische Urteilkraft. Überlegungen zu einer normativen Politikdidaktik*. Schwalbach 2005. Wochenschau Verlag. 315 S.; brosch., 32,80 EUR.

Ingo Juchler legt hiermit seine Habilitationsschrift vor, die er an der PH Karlsruhe

verfasst hat. Der Kern dieser Schrift kreist um den Begriff der politischen Urteilsfähigkeit als Ziel der politischen Bildung. Es scheint bei der Wahl dieses Zielbegriffs unausweichlich, dass Juchler für eine normative Ausrichtung der politischen Bildung plädiert, denn wie sollte Urteilen möglich sein ohne ein normatives Fundament. Damit hat die Arbeit auch eine grundsätzliche Bedeutung, denn eine normative Orientierung der politischen Bildung ist in jüngerer Zeit durch einige »postmoderne« (radikal-konstruktivistische) Ansätze in der Politikdidaktik in Frage gestellt worden. Inhaltlich verdeutlicht Juchler sein Anliegen: Förderung der politischen Urteilsbildung am Beispiel der Außenpolitik. In diesem Politikfeld entwickelt Juchler seine Analyse aus der Sicht des »Realismus«, einer der einflussreichsten und doch heftig umstrittenen Denkrichtungen in der Theorie der internationalen Beziehungen.

In der Konzentration auf Urteilskraft einerseits und Realismus andererseits erscheint es wiederum recht einleuchtend, dass sich Juchler zunächst der klassischen antiken Denktradition und Geschichte vergewissert. Hier gilt ihm vor allem Thukydides und dessen Geschichte des Peloponnesischen Krieges als Referenzpunkt. Am Scheitern des Sizilianischen Abenteuers Athens im Jahre 415 macht Juchler die Gefährdung der Demokratie durch mangelnde Urteilskraft der Bürger deutlich. An diesem Beispiel ist das Thema Urteilskraft mit dem Thema Außenpolitik und der Überlebensfähigkeit der Demokratie verknüpft, was man bei Juchler als Mahnung zu einer besseren politischen Bildung in heutiger Zeit verstehen kann.

Ausführlich widmet sich Juchler der Begründung einer normativ-demokratietheoretischen Politikdidaktik. Wiederum bezieht er sich zunächst auf realistische Autoren (C. Offe, G. Sartori, W. Patzelt und auch E. Burke und Federalist Papers). Dann wechselt er zu I. Kant und H. Arendt und deutet den zentralen Stellenwert der Öffentlichkeit und des Diskurses als notwendiges Element der Demokratie heraus. Zu Öffentlichkeit und Demokratie gehört für ihn unabdingbar die Urteilsfähigkeit der Bürger. Damit greift er zugleich die jüngere Debatte um das Bürgerleitbild in der politischen Bildung auf,

wobei er nicht den interventionsfähigen Bürger (Detjen, Massing), sondern den urteilsfähigen Bürger im Auge hat.

Den Begriff der politischen Urteilsbildung selbst entwickelt Juchler von H. Arendt und I. Kant her und definiert ihn mit Kant als die »erweiterte Denkungsart«. Zur Beförderung einer transnationalen Urteilskraft fehle es jedoch, so Juchler, an einer transnationalen Öffentlichkeit als Diskussionsforum.

Schließlich entwickelt Juchler einen »Grundkanon« bzw. eine normative Grundlage außenpolitischer Urteilsbildung. Hier nutzt er als Bezugsgröße die normative Ortsbestimmung der deutschen Außenpolitik gemäß dem grundlegenden Weißbuch der Bundesregierung aus dem Jahre 1994, das die deutschen »nationalen Interessen« im Zeitalter des Endes der Bipolarität, der doppelten Wertbindung Deutschlands und der Notwendigkeit einer Bewältigung internationaler Krisen neu definiert hat.

In der europäischen Perspektive gewinnt Juchler die normativen Bezugsgrößen aus Art. 11 des EU-Vertrages von Amsterdam (1999). Der transatlantische Bezug wird anhand der Kriterien weltpolitischer Verantwortung und humanitärer Intervention entwickelt.

Im letzten Teil seiner Untersuchung schließt sich Juchler der Tradition kategorialer Bildung an. Kategorien zur Erschließung des außenpolitischen Themenfeldes im politischen Unterricht sind für Juchler: Macht, Interessen und Recht. Als treffende Methode der Themenbehandlung schlägt Juchler die »synoptische Fallanalyse« vor. Schließlich entwickelt er selbst eine solche Fallanalyse am klassischen Beispiel des »Melier-Diálogos« bei Thukydides.

Die Arbeit von Ingo Juchler kann als Beispiel einer sehr sorgfältigen und tiefgründigen Analyse zur Politikdidaktik angesehen werden, wie man sie selten findet. Seine Interpretation bleibt in sich stimmig, auch wenn man manche seiner Seitenurteile nicht teilt. Gleichwohl muss man darauf verweisen, dass man auch eine Auseinandersetzung Juchlers mit den verschiedenen Denkströmungen der internationalen Politik hätte erwarten können. Gemeint ist die Kontroverse zwischen (Neo-)Idealismus, (Neo-)Realismus und (Neo-)Strukturalismus. Dies

hätte die enge Anlehnung Juchlers an die realistische Denktradition auflockern können, zumal seine normativen Wertbezüge der deutschen Außenpolitik weit in idealistische Denktraditionen der internationalen Politik hineinreichen.

Braunschweig *Gerhard Himmelmann*

Gerd F. HEPP / Paul Ludwig WEINACHT: Wieviel Selbständigkeit brauchen Schulen. Schulpolitische Kontroversen und Entscheidungen in Hessen (1991–2000). Neuwied 2003. Luchterhand. 231 S., kartoniert, 28 EUR.

Trotz allfälliger Forderungen, doch endlich die Grabenkämpfe der Vergangenheit hinter sich zu lassen, bestimmen ideologische Vorannahmen auch heute noch vielfach die deutsche Bildungspolitik. Nicht zuletzt die vor und nach der Veröffentlichung der jeweils aktuellen PISA-Befunde (inklusive der deutlichen Unterschiede zwischen den Bundesländern) und ähnlicher Untersuchungen getätigten Äußerungen wurden oft im Hinblick auf solche Vorannahmen formuliert, am deutlichsten wohl bei der neuerlichen Andienung der pädagogisch und bildungspolitisch insgesamt gesehen gescheiterten Gesamtschule unter Berufung auf die aus verschiedensten Gründen nicht mit den entsprechenden deutschen Schulen vergleichbaren finnischen Schulen.¹ Die Analyse schulpolitischer Kontroversen am Beispiel eines Bundeslandes scheint daher besonders geeignet, hier Licht ins Dunkel zu bringen. Hessen bietet sich für eine solche Untersuchung nicht zuletzt deshalb an, weil hier bereits in den siebziger Jahren entscheidende ideologische Schlachten um die vulgärmarxistisch geprägten gesellschaftskritischen Rahmenrichtlinien von 1973 geschlagen worden waren.² In Hessen waren so die ide-

ologischen Kontroversen schon früh besonders augenfällig geworden.

Die Schuldiskussion der Gegenwart dreht sich, wie die Autoren richtig sehen, um die Frage nach dem Maß an Selbständigkeit, das die Schulen brauchen und vertragen. Denn einerseits ist die staatliche Schulaufsicht in einer Gesellschaft bundesrepublikanischen Zuschnitts unverzichtbar, andererseits scheinen weitergehende Flexibilisierungen nicht im Widerstreit mit dem Grundgesetz zu stehen (S. 2). Eine echte »Autonomie« dagegen kann es aus staatsrechtlichen Gründen für deutsche Schulen nicht geben. Die Argumente, die für mehr Selbständigkeit der Einzelschule angeführt werden, sind einerseits steuerungstheoretisch, d. h. beziehen sich auf Überregulierung und Effizienzprobleme, denen durch neue Formen des Managements begegnet werden soll. Ordnungspolitisch ist zudem partizipations- bzw. demokratietheoretisch argumentiert worden; so werde allseits mehr Partizipation am Schulleben gewünscht, doch bleibe unklar, in welchem Maße dies tatsächlich sinnvoll ist, weil ein Zuviel effektiver Partizipation zu erheblichen Reibungsverlusten führen dürfte. Die Autoren konzentrieren sich in diesem Zusammenhang auf drei Problemkreise: 1. die Analyse des Entscheidungsprozesse, 2. Analyse des Zielkonflikts von staatlicher Steuerung und Demokratisierung sowie 3. der Akzeptanz der Reformpolitik in der Schulgemeinde.

Die Autoren betonen mit Recht, dass sich die Politikwissenschaft bisher nicht in nötigem Maße der Analyse von Schul- und Bildungswissenschaft gewidmet und das Feld den Erziehungswissenschaften überlassen habe, und dies obwohl die Politikwissenschaft als Integrationswissenschaft geradezu prädestiniert ist, die vielen Einzelaspekte dieses Problemfeldes analytisch zu durchdringen. Eine wichtige Rolle spielte bei den Akzentsetzungen der hessischen Bildungs-

1 Vgl. dazu den grundlegenden Beitrag von Thelma von Freymann: »Zur Binnenstruktur des finnischen Schulwesens« in: *Freiheit der Wissenschaft* 2 (2002), S. 11–15.

2 Siehe Hartmuth Becker, »Der Hessische Elternverein und die Ablehnung kultusministerieller Richtlinien« in: derselbe et al., *Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution*. Graz 2003, S. 228–249.

politik die mediale Präsentation bildungspolitischer Problemstellungen. Die starke Thematisierung derartiger Fragen in der Presse führte indes nicht dazu, dass die Parteien sich im Wahlkampf auf Schulpolitik konzentriert hätten. Gegen die unfreundliche Berichterstattung vor allem über die Politik des hessischen Kulturministers Holzapfel (SPD) ließen sich Reformen nicht durchsetzen; ein »klimatisch« günstiges Umfeld für Reformen ist daher unverzichtbar.

Die Autoren kommen zusammenfassend zu einigen Empfehlungen, die sich mit aller Vorsicht aus dem dargestellten Problem ableiten lassen. Wenn man eine sich selbst steuernde Einzelschule haben möchte, sollte dies schrittweise und behutsam geschehen, wobei genügend Mittel vorhanden sein sowie die Beteiligungsrechte der Gruppen der Schulgemeinde sachadäquat verteilt sein sollten. Es bedarf zudem bei Reformen übergeordneter (landesweiter) Standards, an denen sich Erfolge und Misserfolge (z. B. Klassenleistungen über die Jahre) überprüfen lassen. Neben der Leistungsevaluierung innerhalb der Einzelschule braucht es auch den externen Vergleich, der sich am besten durch staatliche Schulämter sichern lassen dürfte. Schließlich sei es umso dringlicher, objektive Maßstäbe für die Fähigkeit der Einzelschule zur Erreichung der Ziele zu bestimmen, je mehr Einzelschulen tatsächlich sich selbst zu steuern vermögen.

Insgesamt gesehen ist die vorliegende Studie eine exemplarische Darstellung der konkreten Bedingungen und Umstände, die schulpolitische Entscheidungen in einer Demokratie prägen und beeinflussen, welche widerstreitenden Interessen hierbei wirksam werden und welches Verhältnis von Mittelallokation und Partizipation an der Einzelschule besteht, was das Buch über den speziellen Adressatenkreis der bildungspolitisch Interessierten hinaus lesenswert macht. Es wäre sehr zu wünschen, dass ähnliche Untersuchungen von gleicher Qualität und Ergiebigkeit zu weiteren bildungspolitischen Problemkreisen von Seiten der Politikwissenschaft unternommen würden.

Berlin

Till Kinzel

Christoph BÖHR: Gesellschaft neu denken. Einblick in Umbrüche. Frankfurt 2004. Societäts-Verlag. 352 S., gebunden, 19,90 EUR.

Das aktuelle Buch *Gesellschaft neu denken* versammelt eine Reihe von Aufsätzen, die der Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, seit dem Fall der Mauer verfasst hat. Ausgangspunkt ist damit die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa. Dieser Epochenumbruch, der 1989 mit dem Fall der Mauer einsetzte, bestimmt seitdem die Tagesordnung der deutschen und der europäischen Politik und wird dies auch noch für eine längere Zeit tun. Die in dem Buch gesammelten Beiträge stellen die Sicherung der Freiheit und den Bau einer tragfähigen freiheitlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Zukunft des Sozialstaates oder die Möglichkeit von Vollbeschäftigung hat den promovierten Philosophen aus Rheinland-Pfalz und Leiter der Wertekommission der CDU dabei ebenso beschäftigt wie die Aufgabe der inneren Einheit Deutschlands oder die Frage, ob christliche Überzeugungen in der Gesellschaft von morgen noch wirksam sein können. Böhr fragt nach dem wertgebundenen Maßstab, dem Menschenbild der Politik insgesamt, wobei es nicht verwundert, dass ihm besonders die christlichen Grundlagen der Union sowie die langfristige Perspektive des politischen Handelns am Herzen liegen. Böhr teilt seine Aufsatzsammlung in acht Themenbereiche ein, bei denen er nicht chronologisch vorgeht, sondern versucht den notwendigen gesellschaftlichen Umbau im ordnungspolitischen Denken der sozialen Marktwirtschaft neu zu begründen. Im Abschnitt »Von der Befreiung zur Freiheit« unterstreicht er, dass mit der Befreiung von der kommunistischen Herrschaft den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften eine funktionierende Freiheit nicht zwangsläufig in den Schoß fiel. Gerade die Geschichte der letzten zweihundert Jahre zeige uns eindrucksvoll, dass die Befreiung von Diktatur nicht mit dem Bau und der Sicherung einer freiheitlichen Ordnung gleichgesetzt werden dürfe. In *Gesellschaft neu denken* weist Böhr daraufhin, dass die Sicherung von Freiheit eine immer wiederkehrende Aufgabe sei. Dies müsse der Poli-

tik stets bewusst sein, zumal die Erhaltung der Freiheit eine mindestens ebenso schwierige Aufgabe darstelle wie das Erreichen der Befreiung selbst. Ein neues Fundament der Freiheit lasse sich nur finden, wenn der vermeintliche Gegensatz von Egoismus und Altruismus neu überdacht und aufgelöst werde. Nicht die Wirksamkeit des Appells an moralische Besserung entscheide über die Zukunft. Vielmehr sei es die neue Ordnung selbst, die Organisation des Zusammenlebens von Menschen in den Zivilgesellschaften und den Staaten Europas, die allein der neuen Freiheit Raum und Dauer geben könne. Eine Solidargemeinschaft funktioniere eben nicht mehr, wenn sie nicht auf einer Moral der Selbstverantwortung aufbauen könne. Freiheit lasse sich dabei nur in einer Ordnung des Zusammenlebens nach anerkannten Regeln finden. Es gelte ein Gleichgewicht zwischen dem Wunsch nach Freiheit und dem Bedürfnis nach Sicherheit zu schaffen. Dies gelte aber für ganz Europa, denn ganz Europa sein auf der Suche nach einem neuen gesellschaftspolitischen Leitbild, das eine neue Balance zwischen Freiheit und Betreuung, Selbstverantwortung und Paternalismus verspricht. Für Böhr spielen in der heutigen Zeit die Anreize beim Erhalt der Werte eine große Rolle, denn durch die anreizgeleitete Regelbefolgung werde verhindert, dass Menschen die Erfahrung machen müssen, mit der Befolgung der Regel sich selbst einen Schaden zuzufügen. Wenn sich eine freiheitliche Gesellschaft nicht über Werte steuern lasse, so behalten diese sehr wohl ihre grundlegende Bedeutung für jede gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung. Seiner Argumentation treu bleibend ist Böhr der Überzeugung, dass diese Werte aber durch die staatlichen Anreize wieder verfestigt werden können. Die Politik in Europa müsse sich auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen, den Menschen Wege zu zeigen, wie sie ihre eigenen Interessen verfolgen können ohne dadurch das Gemeinwohl zu schädigen. Diese Forderung leitet über zu dem Abschnitt »Bausteine einer Verantwortungsgesellschaft«, in dem Böhr als orientierendes Leitbild das Prinzip der Subsidiarität näher einordnet. Er sieht im Rückbau des Staates die einzige Möglichkeit mehr Verantwor-

tung beim Bürger hervorzurufen. Böhr geht es um den Umbau zur Verantwortungsgesellschaft, der nur zu erreichen ist, wenn die Notwendigkeit geschaffen wird, sich wieder um die eigenen Belange zu kümmern und nicht den Staat in die Verantwortung zu nehmen.

Er leitet damit zum Abschnitt »Markt und Moral: Die Zukunft des Sozialstaats« über und stellt fest, dass in der modernen Industriegesellschaft Ethik vor allem als Institutionenethik gegenwärtig sein müsse. Vertrauen sei dabei das Ergebnis der Erfahrung, dass moralische Standards zu jener Gemeinsamkeit gehören, über die sich eine Kultur ihrer selbst bewusst wird. Insbesondere die Familie ist für Böhr dabei im Fadenkreuz der moralischen Orientierung im Sinne eines solidarischen Individualismus. Auch hier nimmt das christliche Lebensbild für Böhr wieder eine zentrale Rolle ein, indem es die Schnittstelle zwischen Markt und Moral bildet. Christlicher Glaube ist die Grundlage des freiheitlichen Verfassungsstaats.

Zwar liefert das Buch von Christoph Böhr, wie er selbst sagt, keine fertigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit, aber es kann einen nicht unerheblichen Beitrag dazu leisten, wie der gesellschaftliche Umbau Deutschlands hin zu einer wirklichen Ordnung der Freiheit gelingen kann. Böhr bleibt jedoch nicht nur auf der abstrakten Ebene, sondern liefert viele Beispiele, um seine Schlussfolgerungen zu verdeutlichen.

Köln

Patrick Ernst Sensburg

Hermann-Josef ARENTZ: Sozialstaat im Härtestest. Düsseldorf 2004. Droste Verlag. 224 S., gebunden, 16,95 EUR.

Der Droste Verlag wird über die Entwicklung im Dezember 2004 nicht glücklich gewesen sein: Sein neuer Buchautor Hermann-Josef Arentz – damals Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse und als zukünftiger nordrhein-westfälischer Arbeitsminister in einer Regierung Rüttgers gehandelt – verlor innerhalb weniger Tage alle politischen Ämter. 60.000 Euro Jahresgehalt plus 7500 Kilowattstunden

Strom hatte der Kölner Landtagsabgeordnete offenbar seit mehreren Jahren vom RWE-Konzern erhalten – ohne Gegenleistung. Dass sein Buch sich seitdem schlechter verkauft ist anzunehmen. Dennoch lohnt sich ein Blick auf die Gedanken des vormaligen Hoffnungsträgers des Arbeitnehmerflügels der Union. Und sei es nur, um der Frage nachzugehen, ob es außer den umstrittenen Nebeneinkünften noch andere Gründe gibt, weswegen diese Hoffnungen geplatzt sind.

Norbert Blüm, einer der Vorgänger von Arentz als CDA-Vorsitzender, war 16 Jahre lang Arbeits- und Sozialminister an der Seite von Bundeskanzler Helmut Kohl und galt als das soziale Gewissen der Union. Kohl, dem ja ein außerordentlicher Machtinstinkt nachgesagt wird, schien die Bedeutung des christlich-sozialen Flügels der Union nie gering zu schätzen. Manch einer hat früh gekunkt, diese Wertschätzung werde sich unter Angela Merkel, der protestantischen Naturwissenschaftlerin aus dem Osten, nicht fortsetzen. Und wenn man den Stellungnahmen der politischen Ruheständler Blüm und Geißler folgt, ist die CDU inzwischen in der Tat auf dem besten Weg, die christlich-soziale als eine der drei tragenden Säulen der Union einzureißen.

Auch Hermann-Josef Arentz sieht sich genötigt, seine Partei daran zu erinnern, »dass die große sozialpolitische Tradition der Union zum Tafelsilber gehört und nichts mit einer angeblichen Sozialdemokratisierung der CDU zu tun hat.« In seinem Buch geht es, wie der Titel sagt, um den Sozialstaat, aber auch und vor allem geht es um die CDU, deren Tradition als soziale Volkspartei Arentz immer wieder betont. Die Union habe den deutschen Sozialstaat stärker gestaltet als alle anderen Parteien. Und er mahnt: »Dieses Erbe von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl ist gleichzeitig Verpflichtung für Angela Merkel.« Bei der Reform des Sozialstaats müsse die Union deshalb mit der Zuneigung und Liebe zu Werke gehen, die man seinen Kindern schuldig ist.

Wenn es darum geht, den politischen Gegner anzugreifen, ist Arentz nicht zimperlich: Der »Westerwelle-FDP« wirft er »soziale Kaltschnäuzigkeit« vor, die Kritik von Hayeks an dem Begriff der »sozialen Gerechtigkeit« findet er »menschenverachtend«, und

den ehemaligen BDI-Präsidenten Rogowski nennt er wegen seiner Angriffe auf die Tarifautonomie einen »Verfassungsfeind«. Gegenüber der eigenen Partei ist sein Tonfall appellativ, fast beschwörend, wenn er immer wieder betont, es sei »höchste Zeit, den marktradikalen Reformgurus eine christlich-soziale Reformperspektive entgegenzusetzen«.

Wenn Arentz zunächst die Grundlagen dieser christlich-sozialen Reformperspektive umreißt, merkt man schnell, dass er seinen beruflichen Werdegang als Referent in der Verbandszentrale der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung begonnen hat. Er spricht vom christlichen Menschenbild und von den in diesem wurzelnden Grundwerten der Freiheit, der Solidarität und der Subsidiarität. Er postuliert den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital und er schreibt über die Soziale Frage des 19. Jahrhunderts, über den Mittelweg, den Christlich-Soziale zwischen Marxismus und Liberalismus schon damals gesucht hätten, über die Anfänge des deutschen Sozialstaats und schließlich die aus der Erfahrung von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg geborene Idee der Sozialen Marktwirtschaft.

Die inhaltliche Entfaltung der christlich-sozialen Reformperspektive bezieht sich dann auf alle Topoi der aktuellen Sozialstaatsdiskussion, wenn auch die Ausführungen je nach Thema dahingehend variieren, ob Vorschläge für konkrete Maßnahmen oder eher grundsätzliche, zum Teil recht vage bleibende Anmerkungen gemacht werden. Im Hinblick auf den Sozialsysteme bedrohenden demographischen Wandel beispielsweise fordert Arentz ein umfangreiches Bündel familienpolitischer Maßnahmen, wozu nicht nur die deutliche Verbesserung des Familienlastenausgleichs, eine Vermehrung von Kinderbetreuungsangeboten und Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören, sondern auch ein Familienwahlrecht. Hinsichtlich der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dafür notwendiger Maßnahmen der Deregulierung des Arbeitsmarktes setzt er weniger auf eine Aufweichung der Tarifautonomie, wie seine eigene Partei sie über gesetzliche Öffnungsklauseln fordert, als vielmehr auf die Kooperation starker Sozialpartner in einem

Bündnis für Arbeit nach niederländischem Vorbild. Und auch bei der Reform der Sozialversicherungen setzt er eigene Akzente, indem er etwa im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung zwar die Bürgerversicherung ablehnt, aber auch das Prämienmodell der CDU verwirft. Für die globalisierte Wirtschaft schließlich fordert Arentz einen sich an der Sozialen Marktwirtschaft orientierenden Ordnungsrahmen.

Alles dies liest sich recht flott und scheint auch flott geschrieben worden zu sein. Eine umfassende christlich-soziale Reformperspektive für den deutschen Sozialstaat lässt sich aber nicht holzschnittartig entwerfen, sondern wird nach einem unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit und globalisierter Wirtschaft angemessenen, belastbaren und politisch operationalisierbaren Begriff sozialer Gerechtigkeit fragen und von diesem ausgehend einen Reformweg umfassend aufzeigen müssen. Hieran gemessen nimmt Arentz in seinem Bändchen nicht mehr als ein paar Probebohrungen vor. Aber es scheint ihm eben auch mehr um einen Appell an seine CDU zu gehen, die soziale Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Wer aber moralisch appelliert, wird wesentlich durch das Vorbild, das er abgibt, legitimiert. Durch seine moralisch fragwürdigen Nebeneinkünfte hat sich der Sozialpolitiker Hermann-Josef Arentz nunmehr desavouiert. Seinem Anliegen, das soziale Gewissen der CDU zu schärfen, hat er damit einen Bärendienst erwiesen.

Freiburg

Arnd Küppers

Gerd-Rüdiger STEPHAN / Andreas HERBST / Christine KRAUSS / Daniel KÜCHENMEISTER / Detlef NAKATH (Hrsg.): *Die Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch*. Berlin 2002. Karl Dietz Verlag. 1488 S., gebunden, 70,00 EUR.

Das Handbuch ist mit fast 1.500 Seiten keineswegs handlich, jedoch wert, häufig in die Hand genommen zu werden.

Fast 40 Autoren haben ohne festen institutionellen Hintergrund, ohne Honorar in relativ kurzer Zeit dieses beachtenswerte Werk geschaffen, dessen Drucklegung durch die

Brandenburger und die Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wurde. Verschiedene Beiträge vermitteln den Eindruck, als habe es die DDR *mehrfach* gegeben – je nach Sicht der Autoren sehr moderat bis freundlich oder aber sehr kritisch gesehen als Diktatur. Dabei spielt es keine Rolle, welche politische Sozialisation der/die jeweilige Autor/in erlebte. Die Autorenschaft ist sehr *gemischt*: ganz wenige aus den alten Bundesländern (diese meist mit *DDR-Vergangenheit*), einige waren hochrangige Funktionäre (Nomenklaturkader) jener DDR-Organisationen, über die sie im Handbuch berichten, wieder andere waren als Gesellschaftswissenschaftler in zentralen SED-Instituten damit beschäftigt, die Politik der SED-Führung »ideologisch abzusichern« und propagandistisch aufzubereiten. Es wäre jedoch falsch, allein daraus inhaltliche Schlüsse über die Art der bearbeiteten Kapitel zu ziehen.

Die mitunter auffallend grundverschiedene Diktion/Terminologie ehemaliger DDR-Wissenschaftler und -Funktionäre ist jedoch bemerkenswert / nachdenkenswert.

Bei nicht wenigen Beiträgen wird als Begründung für undemokratische, schlicht diktatorische Maßnahmen der SED-Führung der *Kalte Krieg* als (alleinige) Ursache genannt. Anders die Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, Wilfriede Otto, über *Grundzüge der Entwicklung des politischen Systems in der DDR (1949 bis 1989/1990)*. Für sie ist das politische System der DDR »Beispiel dafür, dass sich Stalinismus und seine Folgen nicht auf den extremen Stalinschen Massenterror oder auf den verbreiteten Personenkult reduzieren lassen. Stalinismus war dem politischen System immanent, welches das Erbe politischer Unkultur in der kommunistischen Bewegung und die inneren Sprengkräfte zum Scheitern des sozialistischen Versuchs permanent produzierte.«

Wer die ersten Beiträge aufmerksam und mit Gewinn gelesen hat, erlebt jedoch beim Kapitel 1.3 einen Schock: der Stil erinnert an Propaganda-Schriften der SED aus DDR-Zeiten und die vorgelegten Ergebnisse widersprechen total denen in anderen Kapiteln zu den gleichen Sachthemen. Hier werden nahezu kritiklos die offiziellen, veröffent-

lichten, propagandistischen Auffassungen der SED-Führung und der ihr hörigen Führer der Blockparteien vorgetragen und zitiert, wie die Fußnoten belegen; Archivquellen werden überhaupt nicht herangezogen. Kapitel 1.4 wiederum (Ulrich Mählert: *Die Massenorganisationen im politischen System der DDR*) ist sehr lesenswert: sehr klar und deutlich, nicht nur in der Konzeption, sondern auch in den inhaltlichen Aussagen und Analysen. Unstrittig ist bei allen Autoren, dass die Allmacht der SED-Führung, teilweise direkt durch das SED-Politbüro, teilweise durch den *Apparat* ausgeführt, bei allen Parteien und Organisationen in allen Bereichen nachhaltige Spuren hinterließ.

Diese wenigen Beispiele sollen andeuten / darauf hinweisen: Zwischen einigen Artikeln gibt es inhaltliche Überschneidungen und damit teilweise Redundanz, aber auch bemerkenswerte Widersprüche in der Art der Darlegung und (politischer) Interpretation. Die Beiträge weisen nahezu durchgehend die gleiche Struktur auf: meist mit einem Umfang von ca. 30 Seiten, fast immer durch umfassende Quellenangaben verschiedener Art (auch aus SAPMO) unterlegt und enthalten häufig zahllose Details.

Das Handbuch ist in folgende Kapitel gegliedert (mit bis zu 10 Unterkapiteln): 1: Die Parteien und Massenorganisationen im politischen System der DDR; 2: Die Parteien in der DDR - Geschichte, Organisationen. Politik; 3: Die in der Volkskammer der DDR vertretenen Massenorganisationen - Geschichte, Organisation, Politik; 4: Mitgliedsstarke gesellschaftliche Organisationen in der DDR - Geschichte, Organisation, Politik; 5: Übersicht weiterer Organisationen, Verbände und Vereine in der DDR; 6: Entwicklungsstationen der neuen politischen Vereinigungen in der DDR im Herbst/Winter 1989/90. Kapitel 7.2 enthält eine umfassende »Übersicht über Parteitage bzw. -konferenzen, Kongresse und Führungsgremien von Parteien, Massen- und gesellschaftlichen Organisationen«, Kapitel 7.3 nahezu 1.000 Kurzbiographien des Führungspersonals der Parteien und Organisationen, wenngleich in ihrer Aussagekraft und in ihrem Umfang unterschiedlich, wirklich eine wahre Fundgrube, da viele davon bislang nicht veröffentlicht sind.

Besonders hervorzuheben sind die verschiedenen Dokumentationen. Der Anhang enthält nützliche Hinweise auf den Standort und die Bestände der Archive einiger der im Handbuch behandelten Parteien und Organisationen, eine Auswahlbibliographie und ein Personenverzeichnis, jedoch leider kein Sachregister (wie angegeben aus Kostengründen). Sehr wertvoll ist die Dokumentation von 50 Schlüsseldokumenten aus der Geschichte des Systems der Parteien und Organisationen der DDR, die sonst schwer zugänglich sind. Den Abschluss bildet ein (unterschiedlich) informatives Autorenverzeichnis mit Hinweisen auf deren wichtige Veröffentlichungen

»Qualitative Maßstäbe setzten noch vor der deutschen Einheit das von Hartmut Zimmermann verantwortete zweibändige *DDR-Handbuch* (3. Auflage, Köln 1985) sowie das von Martin Broszat und Hermann Weber herausgegebene *SBZ-Handbuch* (München 1990).« (aus dem Vorwort der Herausgeber, S.16)

Erlangen

Achim Beyer

Ed STUHLER: Margot Honecker. Eine Biografie. München 2005. Heyne. 270 S. m. Fotos u. Dok., kart./brosch., 7,95 EUR.

Margot Honecker – keine andere Frau prägte Politik und Geschichte der DDR so wie die langjährige Volksbildungsministerin und dritte Ehefrau Erich Honeckers. Keine andere – sieht man vielleicht von Hilde Benjamin, von 1953-1967 Justizministerin, ab – war so gefürchtet. Bis zum Ende der SED-Herrschaft fast jeder Kritik enthoben, wurde sie danach *verteufelt*. Man nannte sie *Hexe Honecker* oder titulierte sie wegen ihrer Haarfarbe als *blau Eminenz*. Kaum einer fragte nach der Person hinter dem Amt. 13 Jahre nach Ende der DDR legt nun Ed Stuhler die erste Biografie zu Margot Honecker vor und schließt damit die Lücke. Schon das vorangestellte Zitat von Kurt Eisner schlägt dabei den Grundakkord an: »Mit geradezu verblüffender Monotonie trifft man in führenden Positionen überraschend oft auf Personen, die [...] zwar tüchtiger als der Durchschnitt und mit praktischer Klug-

heit wohl versehen, jedoch nicht von tiefer Intelligenz sind. Personen, die skrupelloser als ihre Umgebung sind und die Gabe besitzen, andere zu manipulieren.«

Stuhlers Feder – dem ein oder anderen vielleicht zu flott – macht die Lebensbeschreibung auch für ein breites Publikum interessant. Aber der Autor ist weder geschwätzig noch bedient er Sensationsgier. So spekuliert er beispielsweise nicht über die Erlebnisse der jungen Frau im schlesischen Hirschberg während des Einmarsches der Roten Armee. Was von ihr selbst mit *Kriegswirren* umschrieben wird, nennt er aber beim Namen: »Plünderungen und Massenvergewaltigungen« (S. 32). Er schweigt jedoch aus gutem Grund dazu, was Margot Honecker im Einzelnen widerfahren sein könnte, denn sie verweigerte jede Zusammenarbeit. So blieb Stuhler vor allem auf Zeitzeugen und Archivalien angewiesen.

Margot Honecker wurde am 17. April 1927 in Halle (Saale) als Margot Feist geboren. Ihr Vater war Schuhmacher, ihre Mutter Arbeiterin in einer Matratzenfabrik. Man lebte arm, aber in geordneten Verhältnissen. Prägende Erfahrungen waren die Untergrundtätigkeit und Verhaftung ihres Vaters während der NS-Zeit, die Hausdurchsuchungen und die ersten eigenen illegalen Aktivitäten, dazu die gelebte Solidarität des kommunistischen Milieus, das sie als Familienerbsatz erfuhr, aber auch die Verantwortung, die sie nach dem frühen Tod ihrer Mutter als 13-Jährige für den Vater und den jüngeren Bruder übernehmen musste. Statt Lehrerin zu werden, führte sie den Haushalt (S. 13-34). Indirekt sollte sich ihr Berufswunsch jedoch erfüllen, als sie 1963 Volksbildungsministerin wurde und bis 1989 blieb. Ihr Werdegang impfte sie mit kommunistischem Klassenbewusstsein. Stets politisch denkend, war sie auch als Ministerin von Misstrauen gegen die Wissenschaft erfüllt, während die Zunft ihr als Nichtakademikerin reserviert gegenüber stand. So war ihr Führungsstil bis zum Schluss ein *Herrschaftsstil* (S. 93 ff.), zunehmend geprägt von *Byzantinismus* (S. 166 ff.) und Wirklichkeitsblindheit (S. 193), die sie mit der Führungsriege der DDR teilte.

Wie kaum eine andere beherrschte Margot Honecker die Intrige, was sich beim 11. Plenum des ZK 1965, dem berüchtigten *Kahl-*

schlagplenum, und dem Sturz Walter Ulbrichts zeigte (S. 118 ff., 147 ff.). Historisch bedeutsam ist sie daneben durch den Einfluss auf ihren Mann und vor allem durch ihren Beitrag zur Umgestaltung des Bildungswesens der DDR nach ideologischen Vorgaben. Folgen davon sind besonders die Vernachlässigung der *Erweiterten Oberschule* (EOS), die von ihr als bürgerliches Relikt verstanden wurde, aber auch die Einführung der *Zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule*, ab 1965 die obligatorische Schule für alle Kinder in der DDR (S. 107 ff.), sowie des Wehrkundeunterrichts. Stuhlers insgesamt positive Sicht der Schule und Lehrerausbildung in der DDR wird den Leser befremden oder zumindest nicht immer überzeugen, der das Schulsystem in seiner Gesamtfunktion als Erziehungsmittel einer Autokratie begreift. Aber Stuhler argumentiert durchaus differenziert, kritisiert er doch mit deutlichen Worten die gängelnde Schulaufsicht, den übergroßen Stellenwert der marxistisch-leninistischen Ideologie und das rigorose Vorgehen gegen politische unbotmäßige Schüler: »Das ganze DDR-Bildungssystem krankte an seiner ideologischen Überfrachtung.« (S. 176) Stuhler beharrt aber darauf, dass das DDR-Bildungssystem neben Schatten auch viel Licht gekannt habe und folgt so einer seit der PISA-Studie verbreitete Argumentation: Danach habe Finnland deshalb so gut abgeschnitten, weil es das Bildungssystem der DDR kopiert habe. Natürlich ist das eine stark holzschnittartige Sicht. Bedenkenswert, aber auch nicht unproblematisch ist eine zweite Argumentation Stuhlers: Die Schule in der DDR habe gerade wegen ihrer starken Indoktrination ihr Ziel der Sozialisierung für den Sozialismus verfehlt, da sie geradezu antimarxistisch das Sein über das Bewusstsein bestimmen wollte und so zu verstärkter Verweigerungshaltung und Renitenz geführt habe. Dialektisch habe sie damit zum Herbst 1989 beigetragen und ihn erst ermöglicht. Das konstruiert einen allzu geraden Weg in die friedliche Revolution und vernachlässigt die Bedeutung außenpolitischer Faktoren ebenso wie die Minderheitsstellung der Oppositionellen und das dialektische Zusammenspiel von Repression und Protestartikulation.

Die Frau hinter dem Amt scheint vor allem in der Trauer um die 1988 früh verstorbene Enkeltochter Mariana auf, weniger in der seit Ende 1949 mit viel Geschick betriebenen und auch taktisch deutbaren Werbung um Erich Honecker (S. 42–58) – einer Mischung von Liebesgeschichte und Machtkalkül, die angesichts der damals verbreiteten Prüderie in der Partei auch Karriere schädigend hätte enden können, war Erich Honecker doch mit seiner Stellvertreterin Edith Baumann verheiratet. Margot hatte jedoch in Wilhelm Pieck einen mächtigen Fürsprecher. Nach der Geburt der gemeinsamen Tochter Sonja 1952 und Erich Honeckers Scheidung 1955 konnte das Paar noch im selben Jahr heiraten und blieb zusammen. Scheidungsgerüchte gibt es zwar, sie sind jedoch genauso wenig zu belegen wie vermeintliche Ausbruchversuche der attraktiven Ministerin etwa mit dem Schauspieler Otto Mellies, der das *glaubwürdig* dementiert. Sollte es sie tatsächlich gegeben haben, dann – so Stuhler – scheiterten sie an der Staatsräson (S. 142–147).

Dem Buch ist anzumerken, dass es nicht von einem Fachhistoriker verfasst wurde. Es ist zwar akribisch recherchiert, kann und will aber eine wissenschaftliche Biografie nicht ersetzen. So beruft sich Stuhler etwa bei seiner Bewertung des DDR-Bildungssystems auf den schon 1965 verstorbenen Hamburger Reformpädagogen Wilhelm Lamszus als westdeutschen Kronzeugen. Dem liegt aber keine Systematik zugrunde, es handelt sich vielmehr um eine zufällige Lesefrucht, zitiert er ihn doch nach Kurt Hagers Autobiografie (S. 109). Auch kleinere Fehler im Detail kommen vor. So korrigiert Stuhler z.B. nicht die weit verbreitete, aber längst widerlegte Legende vom *Kleinen Trompeter*, der in Wirklichkeit ein Hornist war. Insgesamt aber entfaltet sich vor dem Leser ein differenziertes und aller Apologie wie auch Verteufelung freies Porträt einer Frau, die als Politikerin ein Kind ihrer Klasse blieb und deshalb auch mit der SED-Herrschaft untergehen musste.

Würzburg

Thomas Goll

I. W. DOBROWOLSKI (Hg.): *Schwarzbuch GULag – Die sowjetischen Konzentrationslager*. Graz/Stuttgart 2002. Leopold Stocker Verlag. 312 S., gebunden, 50 s/w-Abbildungen, 19,90 EUR.

Mit zunehmendem Abstand von der Zeit des Kommunismus wächst in Russland die Zahl der Veröffentlichungen über dessen Verbrechen, obwohl, wie der Herausgeber in der Einleitung betont, bisher weder der Staat noch die Gesellschaft ernsthafte Schritte zur Aufklärung der damaligen Ereignisse unternommen haben. Im vorliegenden Sammelband untersuchen namhafte russische Wissenschaftler verschiedene Aspekte und zeitliche Abschnitte der kommunistischen Gewaltherrschaft. Ediert wurden die Beiträge von dem russischen Bürgerrechtler I. W. Dobrowolski, der für das Buch verantwortlich zeichnet.

Der erste der abgedruckten Beiträge stammt von G. M. Ivanova, Leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für russische Geschichte bei der Russischen Akademie der Wissenschaften. Sie untersucht an Hand von Archivmaterialien wie und warum der *GULag* (Abkürzung für »Glavnoe Upravlenie Lagerej« = Hauptverwaltung der Lager) entstehen konnte. Ihre umfangreichen Quellenstudien in den Archiven von NKWD/MWD/KGB geben dem Buch eine besondere Authentizität. Sie zeigt, wie das stalinistische Terrorregime im Zeitablauf auf- und ausgebaut wurde und wie in den Jahrzehnten der Sowjetherrschaft Millionen Menschen, zumeist ohne Schuld, sondern nur auf Grund ihrer Abstammung, ihres Berufs, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen, zu Volks- oder Klassenfeinden gestempelt und erschossen oder zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die ersten Konzentrationslager wurden auf Initiative Lenins bereits im September 1918 errichtet. In ihnen landete bis zu Beginn der dreißiger Jahre auch und gerade die Elite der russischen Intelligenz. Zu Kriegsbeginn im Jahr 1941 befanden sich in der Sowjetunion nach offiziellen Quellen 2,3 Millionen Strafgefangene in Lagern oder in Strafkolonien.

Einen besonderen Abschnitt widmet G. M. Ivanova dem System der Zwangsarbeit

und ihrem wirtschaftlichen Nutzen. Sie kommt zu dem Schluss, dass Zwangsarbeit letztlich die teuerste Form der Arbeit darstellt. Zwar wären die »Großbauten des Kommunismus« ohne Zwangsarbeit nicht zu erstellen gewesen, wirtschaftlich jedoch war sie nicht. Die Zwangsarbeitslager waren vielmehr zum großen Teil Zuschussunternehmen. Erst nach Stalins Tod, in den Jahren 1954/55, wurden die Lager für politische Gefangene (»Regimelager«) schrittweise aufgelöst.

G. M. Ivanova fügt ihrem Beitrag eine Anzahl von Dokumenten an, die aus Archiven des KGB stammen und einen guten Einblick in das System des Terrors und seine Arbeitsweise geben.

T. I. Slavko, Dekan der Fakultät für Verwaltung und Soziologie der Staatlichen Universität Twer, befasst sich in seinem Beitrag, der ebenfalls auf intensiven Forschungen in den Archiven des Geheimdienstes beruht, mit einer besonders grausamen Periode des stalinistischen Terrors, der sogen. *Entkulakisierung*. Mit Geheimbefehl vom 1. Februar 1930 hatte die OGPU (»Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung«) die »Liquidation der Kulaken als Klasse« angeordnet. »Kulaken« waren die mittleren und Großbauern, je nach politischem Gutdünken wurden aber auch die Kleinbauern in diese soziale Gruppe eingestuft. Die Vernichtung dieser »Klasse« erfolgte mittels Massenerschießungen, Massendeportationen und Massenverhaftungen. Slavko schildert nicht nur die Willkür dieses Geschehens, sondern auch die Lebensbedingungen der in unwirtliche Gebiete umgesiedelten Personen. Hungersnot und unmenschliche Lebensbedingungen führten zu hoher Mortalität, insbesondere zu hoher Kindersterblichkeit. Noch im Jahr 1954 gab es in der UdSSR mehr als 2,7 Mill. sogen. »Sonderumsiedler«, darunter 1,06 Mill. Frauen und 873.000 Kinder. – Auch den Beitrag von T. I. Slavko schließt ein Anhang mit teilweise erschütternden Dokumenten aus sowjetischen Archiven.

Der Kunsthistoriker W. Russak widmet seinen Beitrag der Verfolgung der orthodoxen Kirche im Sowjetsystem. Deren Ausgangspunkt war das »Dekret über die Trennung von Kirche und Staat« vom Januar 1918. Er zeigt den Terror gegen die orthodo-

xen Priester, von denen eine Vielzahl erschossen oder in die Gefängnisse geworfen wurde, die Zerstörung bzw. Zweckentfremdung der Kirchen und die Beschlagnahme der Kirchenschätze. Die Verfolgung der Kirche unterbrochen von einer temporären Besserung nach Stalins Tod, bis in die sechziger Jahre an. Auch dieser Abschnitt des Buches schließt mit einem Dokumentenanhang.

Im letzten Teil des Buches schildern Opfer des Stalinismus das unsäglich Leide, das ihnen und ihren Familien zugefügt worden ist. Es sind erschütternde Berichte. – Im Anhang zum Buch findet der Leser eine Anzahl von Zeichnungen, die dem Buch »*Gulag-Zeichnungen*« von D. S. Baldajew entnommen sind. Sie beruhen auf Skizzen und Notizen, die dieser nach seiner Dienstzeit als MWD-Angehöriger im Gulag angefertigt hat, und dokumentieren das furchtbare und unfassbare Ausmaß an Grausamkeit, das in den sowjetischen Konzentrationslagern geherrscht hat.

Das wissenschaftlich-sachlich verfasste Buch von Dobrowolski kann nur ein kleiner Beitrag zur Aufarbeitung eines der schlimmsten Kapitel des zwanzigsten Jahrhunderts sein. Doch gibt es demjenigen, der sich mit dieser Problematik noch nicht oder nicht intensiv zu beschäftigen vermochte, eine hervorragende Einführung. Es ist zu hoffen, dass es die Historiker zu weiteren Forschungen über diese weltgeschichtliche Epoche anregt.

München

Werner Gumpel

Alexander SOLSCHENYZIN: *Zweihundert Jahre zusammen. Die russisch-jüdische Geschichte 1795–1916*. München 2002. F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH. 560 S., gebunden, 34,90 EUR.

Ders.: *Zweihundert Jahre zusammen. Die Juden in der Sowjetunion*. München 2003. F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH. 608 S., gebunden, 39,90 EUR.

Alexander Solschenizyn, der dank der politischen Sprengkraft seiner historischen Romane Weltruhm erlangte, hat sich in diesen beiden zusammen über 1000 Seiten umfassenden Bänden noch im hohen Alter als Ge-

schichtsschreiber versucht und dabei Material verwertet, das er für seinen Romanzyklus *Das rote Rad* gesammelt hatte. Auch hier hat er sich wiederum mit einem brisanten Thema auseinandergesetzt.

Wie lauten seine Grundaussagen? Er betrachtet den revolutionären Ansatz von 1905 sowie die Februar- und Oktoberrevolution von 1917 als Ursachen einer gigantischen Katastrophe, die unermessliche Schäden zur Folge hatte und durch die das seiner Meinung nach entwicklungs- und reformfähige System der zaristischen Herrschaft zerstört wurde. Solschenyzin behauptet, keiner der Zaren sei antisemitisch eingestellt gewesen. Zwar hätten auch die Juden unter der Knute Nikolaus I. zu leiden gehabt, doch habe er das ganze Volk mit seinem Unterdrückungssystem gequält und es nicht speziell auf die Juden abgesehen gehabt. Die zahlreichen Pogrome, die sie im russischen Reich zu erleiden hatten, seien niemals mit Willen oder gar Mitwirkung der zaristischen Regierungen geschehen. Grundsätzlich gescheitert seien die Zaren ebenso wie auch später die Bolschewisten mit ihrem Versuch, Juden zu Bauern zu machen. Viele Ausweisungs- und Zwangsansiedlungsmaßnahmen, die in diesem Zusammenhang erfolgten, standen unter den Zaren nach Solschenyzins Darstellung in Wahrheit nur auf dem Papier. Unter Alexander II. habe sich die Situation der Juden außerordentlich gebessert. Auch später sei die Lage für sie günstig gewesen. In keinem anderen Land der Welt hätten sie eine so umfassende Unterstützung durch die progressive Gesellschaft erhalten wie im Rußland der vorrevolutionären Jahrzehnte. Auch die antijüdischen Anordnungen des zaristischen Hauptquartiers im Krieg seien nie umgesetzt worden. Zwar sei es den Juden in der Zeit des Zarentums besser gegangen als später, doch hätten sie auch in der Sowjetunion großzügige Aufstiegsmöglichkeiten gehabt und seien niemals als Bürger zweiter Klasse behandelt worden. Erst das Erstarken des zionistischen Bewusstseins nach dem Holocaust habe Stalins Misstrauen ausgelöst, worauf er Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden eingeleitet habe.

Neben der geschichtlichen Aufwertung des Zarentums ist es dem Autor vor allem darum zu tun, zu belegen, dass die Juden unter dessen Herrschaft und zur Zeit der Sowjetunion keineswegs nur kollektiv Opfer gewesen seien, sondern ein Teil von ihnen an den schlimmsten Geschehnissen mitgewirkt hätten. Beispielsweise habe das elitäre System der jüdischen Selbstverwaltung, das Kahal-System, nicht nur jede fortschrittliche Entwicklung blockiert und die Armen der Zwangsausiedlung oder dem Militärdienst ausgeliefert, um sie loszuwerden, sondern zur Zeit Katharinas II. in Wilna sogar die chassidischen Juden für vogelfrei erklärt und aufs grausamste verfolgt. Russische Juden hätten einen erheblichen Anteil an den seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts vermehrt auftretenden revolutionären Bewegungen gehabt, deren Folgen Solschenyzin als das größte Verhängnis der russischen Geschichte ansieht. Eine jüdische Selbstschutzorganisation habe 1903 in der weißrussischen Stadt Gomel ihrerseits ein Pogrom gegen die russische Bevölkerung inszeniert. Ein Jude habe den von Solschenyzin als Reformers hoch bewunderten Ministerpräsidenten Stolypin ermordet. Die Februar- und die Oktoberrevolution von 1917 seien zwar eindeutig das Werk von Russen gewesen, doch hätten Juden daran einen starken Anteil gehabt und seien später in außerordentlichem Maß in den Organisationen der kommunistischen Partei vertreten gewesen. Die jüdische Öffentlichkeit Amerikas habe die Revolution in Russland mit Sympathie aufgenommen. An den Morden der Geheimpolizei Tscheka hätten jüdische Kommissare erheblichen Anteil gehabt. Die Darstellungs- und Gestaltungskunst großer Historiker mangelt Solschenyzin gänzlich. 90 Prozent der beiden Bände bestehen aus Zitaten, die der Autor meist kritiklos aneinanderreihet und hinter denen er sich auch oft gern versteckt. Man kann natürlich bei einem Geschichtswerk, das ein so umfangreiches Thema behandelt, nicht verlangen, dass es auf Archivrecherchen basiert. Doch die wichtigste neuere Forschungsliteratur sollte darin Eingang finden. Das ist aber in beiden Bänden offenkundig nicht der Fall. So erscheint bei Solschenyzin die Revolution in Bayern weiter als das Treiben

einer Handvoll Juden, ein Klischee, das die seriöse Forschung längst widerlegt hat. Immer wieder lässt er sich zu spontanen Gefühlsäußerungen hinreißen, statt wie es die Aufgabe des Historikers ist, nüchtern distanziert abzuwägen, etwa wenn er über das Bestreben der Juden, ihre Identität zu bewahren, formuliert: »Uns Russen jedoch würde man selbst bei der kleinsten Spur eines solchen Isolationismus eine schwer wiegende Schuld geben.« oder wenn er zu den Reformmaßnahmen Alexanders II. zugunsten der Juden vorwurfsvoll klagt »Vorbei, vergessen und kein Dank!«. Auch Werner Sombarts Werk über die Juden und das Wirtschaftsleben ist nicht, wie Solschenyzin suggeriert, der Weisheit letzter Schluss. Zuweilen sind seine Schlussfolgerungen banal, wie z. B. die Formulierung »Wir können es uns nicht leisten, nicht zurückzublicken – wir würden sonst nichts begreifen«, zuweilen seine Skizzierungen oberflächlich, wie etwa seine summarischen Bemerkungen zum Antisemitismus in Westeuropa im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Klischeehaft sind kollektiv den Juden zugeschriebene Verhaltensweisen wie ihre angeblich stets untereinander erwiesene Solidarität. Besonders fragwürdig ist, dass Solschenyzin auf Grund seiner eigenen Erlebnisse in sowjetischen Straflagern behauptet, die Juden hätten dort grundsätzlich ein leichteres Leben gehabt als alle anderen, ohne die Subjektivität seiner Eindrücke zu relativieren. Und fahrlässig ist es, ein Zitat, in dem Juden in Russland als »Zecke auf dem russischen Hund« qualifiziert werden, unkommentiert hinzusetzen, auch wenn es von einem jüdischen Verfasser herrührt. So entsteht der Eindruck schweigender Zustimmung. Solschenyzin berührt, das muss man anerkennen, viele wundere Punkte, von denen man in neueren Darstellungen zur Geschichte der Juden tatsächlich nichts liest. Er hätte aber besser daran getan, die Form eines Essays zu wählen, die für den Ausdruck oft sehr subjektiver und gefühlsbeladener Eindrücke viel eher geeignet ist und die ihn auch zu konziserem Formulieren und zu prägnanteren und differenzierteren Aussagen gezwungen hätte.

München

Paul Hoser

Ludolf HERBST: Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte. München 2004. Verlag C. H. Beck. 336 S., becksche reihe, 14,90 EUR.

Der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende Zeithistoriker Ludolf Herbst ist 1996 mit einer Aufsehen erregenden Gesamtdarstellung der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands hervorgetreten. In ihrem Rahmen hat er den ebenso erhellenden wie überzeugenden Versuch unternommen, eine Synthese der damals noch die gesamte NS-Forschung polarisierenden beiden »Schulen«, der »Intentionalisten« und der »Funktionalisten«, zu bewerkstelligen. Strukturierende Leitlinie seiner Untersuchung war ihm dabei ein Ansatz, der sich aus System- und Chaostheorie gleichermaßen speiste.

Diesen dort an einem praktischen Beispiel zur Anwendung gebrachten theoretischen Orientierungsrahmen einmal ebenso umfassend wie systematisch zu motivieren und Chaos- und Systemtheorie dabei zu einer spezifischen »historischen Prozesstheorie« zu verschmelzen, ist das erklärte Anliegen seines hier vorzustellenden neuen Buches.

Zwei der insgesamt drei Abschnitte dieser Arbeit, die auch Zweidrittel der Druckseiten ausmachen, sind im Grunde als eine überaus gründliche Einführung in die Geschichtswissenschaft zu verstehen. Hier erfolgt eine umfassende theoretische Selbstvergewisserung über grundlegende Fragen, Methoden und Probleme des wissenschaftlichen Arbeitens von Historikern. Eigenheiten des historischen Fragens, die Quellenproblematik, der Unterschied von »Verstehen« und »Erklären«, Sinn und Tragweite des historischen Vergleichens werden hier ebenso detailliert wie skrupulös erörtert. Es folgen ebenso präzise Betrachtungen zu »Raum und Zeit«, »Sprache und Begrifflichkeit« sowie »Mensch und soziale Umwelt«. Kurzum: eine ansonsten sehr weit verzweigte methodologische Literatur wird hier für Erstsemester und interessierte Laien verdienstvoller Weise einmal übersichtlich zwischen zwei Buchdeckeln zusammengefasst. Allerdings fragt sich der Rezensent, ob gerade diese Zielgruppe nicht durch jenen »intellektuellen Overkill« abgeschreckt bzw.

überfordert wird, der diese beiden ansonsten ganz vorzüglichen Abschnitte kennzeichnet. Denn hier bleibt kaum ein Autor unerwähnt und undiskutiert, der jemals zur Theorie der Geschichtswissenschaft beigetragen hat.

Dem eigentlichen Thema seines Buches, jenen im Untertitel angekündigten »Grundzügen einer Theorie der Geschichte« wendet sich Herbst dann erst auf den letzten 40 Druckseiten zu: Wenn innerhalb einer Rahmenordnung, eines Systems, die Subsysteme infolge negativer Rückkopplungen untereinander ihr »freies Spiel der Kräfte« in einer Art fragilem Gleichgewicht halten, herrscht »Ruhe und Frieden«. Finden zwischen den Subsystemen aber positive Rückkopplungen statt, kommt es zu einem exponentiellen Wachstum jener und die Rahmenordnung wird gesprengt, sprich Unruhen und Krieg sind die Folge.

Den detaillierten Nachweis, inwieweit diese seine in wenigen, schlichten Strichen umrissene »historische Prozesstheorie« in der Lage ist, die Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu erklären, bleibt Herbst allerdings schuldig. Hier wird von ihm axiomatisch einfach unterschwellig viel zu viel vorausgesetzt, was eigentlich erst einmal zu motivieren wäre.

Womöglich liegt das Kernproblem dieser Arbeit von Herbst darin begründet, dass er de facto nicht »Grundzüge einer Theorie der Geschichte« ausbreitet, sondern eher »Mosaiksteine« zu einer erst später auszuformulierenden. Anders formuliert: da das Gerüst seiner »historischen Prozesstheorie« noch nicht dicht und tragfähig genug ausgebaut ist, wird deren Reichweite derzeit noch überfordert, wenn sie gleich zur Erklärung eines ganzen Jahrhunderts herhalten soll. Mit seiner eingangs erwähnten Gesamtdarstellung der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands hat Herbst allerdings belegt, was sein theoretischer Ansatz am Beispiel eines überschaubaren Gegenstandes, sprich also auf kurze Reichweite, zu leisten vermag. Vielleicht bedarf es erst noch eines weiteren Zwischenschrittes, bevor er ihn gleich auf ein ganzes Jahrhundert ausdehnen kann.

Gießen

Enrico Syring

Lutz RAPHAEL: *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*. München 2003. C.H. Beck Verlag (beck'sche Reihe). 293 S., 14,90 EUR.

Bewusst hat sich der Trierer Neuzeithistoriker Lutz Raphael in seiner hier vorzustellenden Überblicksdarstellung nicht darauf beschränkt, allein die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert zu umreißen. Unumwunden räumt er ein, die *Historikerkfelder* seien überwiegend national verfasst. Gleichwohl legt er seinen Schwerpunkt auf übergreifende Prozesse und Strukturen, internationale Ideen und Diskurse. Denn zum einen kann so der fachspezifische globale mainstream erfasst werden, zum anderen aber sind nationale Besonderheiten vor diesem Hintergrund gut herauszupräparieren.

Die Professionalisierung der Geschichtsforschung hat ihren Ursprung in Europa. Einerseits setzte sie mit den Universitätsreformen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert ein und ist mithin aufs engste mit der Durchsetzung des Universitätsmodells der so genannten 1. Welt verbunden. Andererseits erfuhr sie durch das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung der entstehenden Nationalstaaten einen mächtigen weiteren Beschleunigungsschub. Es waren die Staaten, die das moderne Archivwesen aufbauten und unterhielten. Zudem waren und sind die weitaus meisten Historiker in staatlich finanzierten Stellen tätig. Zutreffend stellt Raphael daher fest: »Geschichtswissenschaft war im 20. Jahrhundert nicht nur autonome Wissenschaft, sondern zugleich auch ein wichtiges, in manchen Ländern sogar das zentrale Element der politischen Kultur; dementsprechend groß war andersherum der Einfluss politischer Ideologien auf den Wissenschaftsbetrieb.« (S.19)

Das führte nicht nur zu politischen Einflussnahmeversuchen auf Themenstellungen, Ergebnisse und Wertungen der historischen Forschung sondern zuweilen auch zur Installation politisch jeweils besonders erwünschter Historiker – auch wenn diesen gelegentlich die üblichen Voraussetzungen fehlten.

Kurzum: nationalstaatliche Ausrichtung, politische Instrumentalisierungen und fach-

wissenschaftliche Standards konstituierten und konstituieren bis heute das Arbeitsfeld des Historikers. Mit der Gründung der Zeitschrift *Annales d'histoire économique et sociale* im Jahre 1929 zeichnete sich allerdings eine wesentliche Veränderung ab: Durch den internationalen Zuschnitt des Kreises der sich um sie lose gruppierenden Historiker wurde nicht nur eine Internationalisierung der Themenstellungen erreicht, rückten nicht nur die Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte stärker als bis dahin ins Blickfeld der Forschung sondern es veränderte sich auch das Selbstverständnis in Bezug auf die Politik: »Statt ideologischer Parteinahme sollte die Zeitschrift Materialien für wissenschaftlich reflektierte, historisch kenntnisreiche Gegenwartsentscheidungen liefern.« (S. 98) Cum grano salis sollte die historische Forschung mithin nicht mehr nur Büttel der Politik sein sondern auch von sich aus Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen suchen. Für viele Jahrzehnte noch einflussreicher war allerdings die marxistische Geschichtswissenschaft. Mit ihrem Ökonomie-Determinismus, ihrer fundamentalen Kritik an der liberalen, »bürgerlichen« wirtschaftlichen und politischen Ordnung hat sie auch außerhalb des kommunistischen Lagers zeitweilig viele Historiker beeinflusst. Ihre Schwächen, ihr Dogmatismus und ihre inneren Widersprüchlichkeiten waren freilich unübersehbar und haben schon vor 1990 zu einer zunehmenden »Ausfransung« ihrer »Glaubenssätze« geführt.

Im Gegensatz zu diesen offen theoriegeleiteten Ansätzen entwickelte sich zumal seit den 60er Jahren eine Geschichtsschreibung der internationalen Beziehungen, der Politik- und der Militärgeschichte, die, wie Raphael in zutreffender Ironie formuliert, »einen ausgeprägten Archivkult« (S.138) betrieb. Allerdings sei diese Forschungsrichtung allzu lange und allzu überheblich unterschätzt worden. Denn zum einen stoße sie auf ein größeres öffentliches Interesse als alle übrigen, zum anderen sei sie von herausragender politischer Signifikanz: »In den meisten Nationalstaaten stellt die Geschichte der Außenpolitik ein ganz wesentliches Element in den umfassenderen Geschichtsentwürfen nationalgeschichtlicher Sinnstif-

tung und Herrschaftslegitimation dar.« (S. 143)

Die besonders gegenwartsrelevante *Zeitgeschichte* der Geschichtswissenschaft begann jedoch mit den 70er Jahren. Sie ist gekoppelt an den Aufstieg der Sozialgeschichte, die wohl vor allem deshalb so erfolgreich war, »weil sie von einer politisierten Studentengeneration vielfach begeistert aufgegriffen und als Fortsetzung ihres gesellschaftskritischen Engagements gedeutet wurde« (S. 174). Inzwischen hat sich der Schwung dieses Konzepts allerdings deutlich überlebt. Und gar nicht so selten ist auch bei herausragenden Verfechtern einer *historischen Sozialwissenschaft* eine stillschweigende Rückkehr zu Methoden, Darstellungsformen und Fragestellungen zu verzeichnen, gegen die sie in ihrer Jugend den Aufstand geprobt haben.

Die aktuellen Perspektiven der Geschichtswissenschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts sieht Raphael durch ein langsames Ende des Eurozentrismus gekennzeichnet. Der Schwung und die Selbstgewissheit modernisierungstheoretischer Ansätze sind einer leisen Skepsis gewichen. Die lange Dominanz einer durch die 1. und die 2. Welt geprägten Geschichtsschreibung hat in der 3. Welt vor allem den Wunsch nach selbstvergewissernder und selbstrechtfertigender Abgrenzung geführt. Eben zu jenen grundlegenden Prägungen, die in der europäischen Historiographie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beobachten waren. Raphaels kompakte Überblicksdarstellung liefert sehr viel Stoff zum Nachdenken – auch über den Rahmen der Wissenschaftsgeschichte hinaus.

Gießen

Enrico Syring